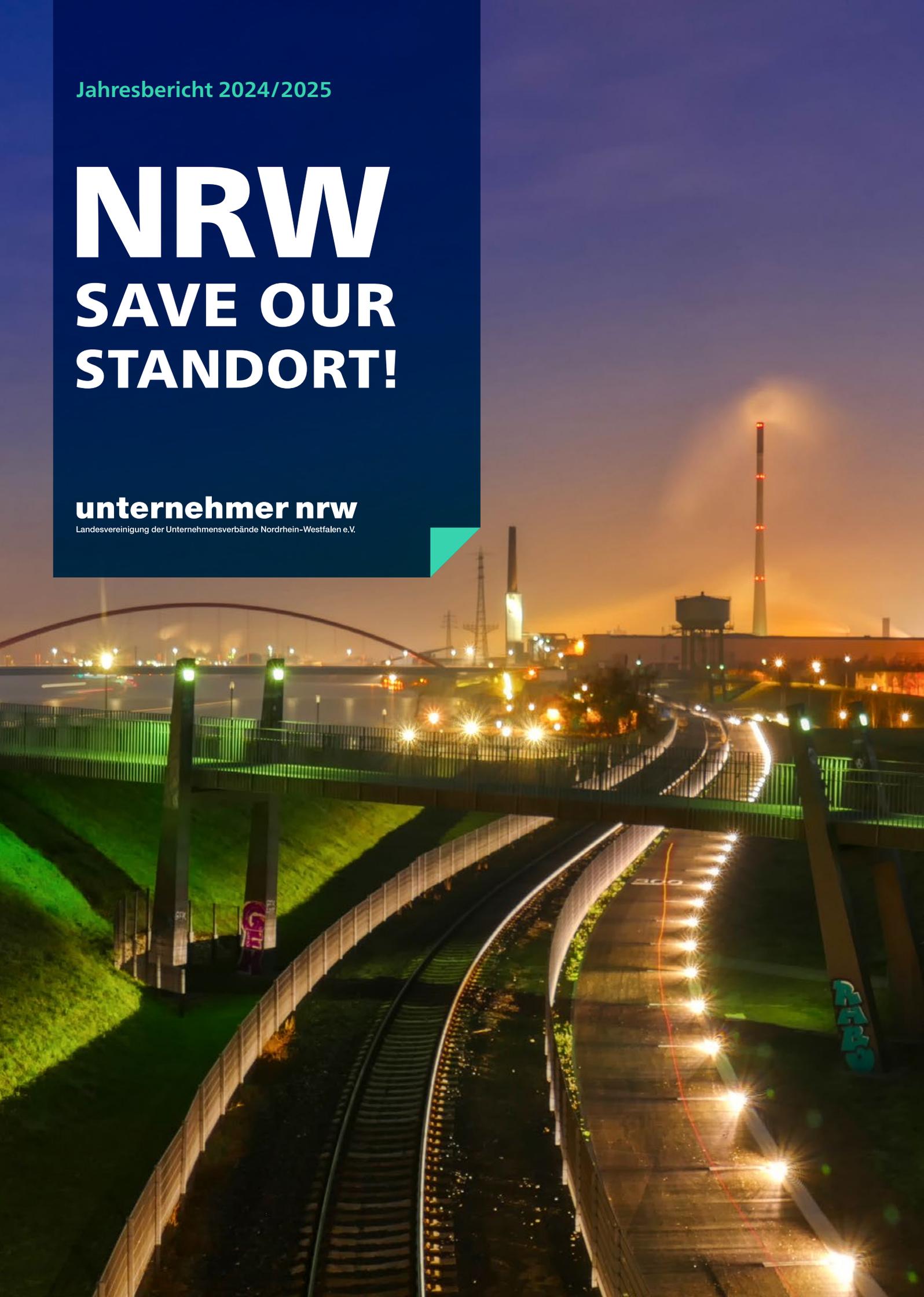


Jahresbericht 2024/2025

NRW SAVE OUR STANDORT!

unternehmer nrw

Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V.





Industriegipfel in der Staatskanzlei



Podiumsdiskussion zu Chancen und Teilhabe am Arbeitsmarkt auf dem Integrationskongress NRW



Geschäftsführerkonferenz mit Regierungssprecher Christian Wiermer



Jahrestagung VAIS



Geschäftsführerkonferenz mit Felix Neugart, Geschäftsführer NRW Global Business



Landesverbandstagung VdK NRW



Treffen Mittelstandsbeirat NRW



Townhallgespräch Friedrich-Ebert-Stiftung NRW



Geschäftsführerkonferenz mit Christian Mildenerger (Energy 4 Climate)



Dialogveranstaltung zum Landesentwicklungsplan NRW

Fotos: FES, MKJFGFI NRW (Bernd Thissen), Land NRW (Josua Dunst), unternehmer nrw, MWIKE NRW

- 02**
VORWORT
**UNSER LAND
BRAUCHT EIN
NEUES MINDSET!**
- 04**
NRW-WIRTSCHAFT
AUF EINEN BLICK
- 06**
POLITIK IN NRW
**WIRTSCHAFT
STÄRKEN AUF
ALLEN EBENEN**
- 16**
ENERGIE- UND
UMWELTPOLITIK
**BEZAHLBARE
ENERGIE STAND-
ORTFAKTOR NR. 1**
- 18**
WIRTSCHAFT UND
INFRASTRUKTUR
**WETTBEWERBS-
FÄHIGKEIT IN DEN
MITTELPUNKT!**
- 20**
BILDUNG
UND SCHULE
**GUTE BILDUNG =
RÜSTZEUG FÜR DIE
ZUKUNFT**
- 22**
AUSBILDUNG UND
QUALIFIZIERUNG
**AUSBILDUNG
BRAUCHT
VORBILDUNG**
- 24**
INNOVATION UND
DIGITALISIERUNG
**WAS ZÄHLT, IST
DER TRANSFER IN
DIE PRAXIS**
- 26**
ARBEITSMARKT
UND FACHKRÄFTE-
SICHERUNG
**ARBEITSMARKT
ZUNEHMEND IN
DER KRISE**
- 28**
NRW UND
EUROPA
**NEUER KURS FÜR
EUROPA**
- 30**
TARIFPOLITIK
**TARIFAUTONOMIE
UNTER DRUCK**
- 32**
ARBEITS-
UND SOZIALRECHT
**ARBEITS- UND
SOZIALRECHT IM
„PRAXISTEST“**
- 36**
UNTERNEHMER NRW
IN DEN MEDIEN
**KOMMUNIKATION
FÜR DIE
NRW-WIRTSCHAFT**
- 42**
BILDUNGSWERK NRW
**MIT FUTURE SKILLS
TRANSFORMATION
GESTALTEN**
- 46**
UNTERNEHMER NRW:
GUT VERNETZT
- 47**
GREMIEN UND
KONTAKT
- 50**
UNTERNEHMER NRW
IN DEN SOZIALEN
NETZWERKEN



Unser Land braucht ein neues Mindset!

Foto: Sondermann

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagswahl 2025 war ein wichtiges Stimmungsbild für den Standort Deutschland. Entscheidend ist jetzt, dass es gelingt, Aufbruchsstimmung zu erzeugen, neue Kräfte freizusetzen und wieder mehr Mut zu Veränderungen zu schöpfen. Oder noch mehr: Unser Land braucht ein neues Mindset! Das wird dringend nötig sein, denn die zunehmenden geopolitischen Unsicherheiten lassen nur eine Schlussfolgerung zu: Deutschland wird im Verbund mit Europa nur dann am Tisch der Weltpolitik sitzen, wenn es ein starkes Land und Europa ein starker Kontinent bleibt. Und das wird nur mit einer starken Wirtschaft und Industrie gelingen. Diese Zusammenhän-

ge müssen zwingend in die Köpfe! Doch eines ist auch klar: Gleichzeitig wird die neue Bundesregierung erhebliche Aufräumarbeiten erledigen müssen. Denn ausgerechnet jetzt ist der Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland in schlechter Verfassung – zu teuer, zu behäbig, zu unbeweglich. Das drückt sich in nahezu allen relevanten Standortfaktoren aus: Die Energiekosten sind international nicht wettbewerbsfähig. Die Unternehmensteuern sind im internationalen Vergleich zu hoch. Die Lohnzusatzkosten haben die 40-Prozent-Marke längst überschritten und treiben die ohnehin schon teuren Arbeitskosten in konkurrenzlose Höhen. Die überbordende Regulierungswut macht unsere Unternehmen schlichtweg fertig. Langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren lassen Investoren mitunter nur noch verzweifeln.

Dies alles zusammen hat Deutschland inzwischen auf Platz 24 internationaler Standort-Rankings herabkatapultiert – und im Bereich der Digitalisierung sogar auf das Niveau Venezuelas. Unser Land hat ein massives Wettbewerbsfähigkeits-Problem. Aber ganz ehrlich: Dieser Absturz kann nicht im Ernst der Anspruch an uns selbst sein!

Politik über Jahre hinweg wirklichkeitsfremd

Die Lage ist ernst. Denn mit der zunehmenden Schwächung unseres Industriestandorts gerät auch das Geschäftsmodell Deutschland ins Rutschen. Jahrzehntelang erlaubten uns unsere vielen – zwar schon immer teuren, im Wettbewerb aber lange Zeit qualitativ überlegenen und deshalb auf den internationalen Märkten

so erfolgreichen – Industrieprodukte „Made in Germany“ unseren Wohlstand. Doch eine über Jahre hinweg wirklichkeitsfremde Politik belastete die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft mit immer neuen sozial- und umweltpolitischen Auflagen, Regulierungen und Bürokratie.

Für Befreiungsschlag noch nicht zu spät

Die Quittung dafür sehen wir jetzt: Nahezu Tag für Tag erreichen uns Meldungen über Verlagerungen, Betriebs-schließungen und Arbeitsplatzabbau. Oder anders ausgedrückt: Viel zu viele Unternehmen können nicht mehr! Dieser für die Betroffenen bittere Befund macht deutlich, wie notwendig jetzt ein echter wirtschaftspolitischer Befreiungsschlag ist. Und dafür ist es auch noch nicht zu spät: Denn Deutschland hat so unendlich viele Potenziale, um sich aus der Malaise ein großes Stück selbst zu befreien.

Jetzt kommt es besonders auf die neue Bundesregierung an. Mit den finanzpolitischen Beschlüssen für Verteidigung und Infrastruktur haben Union und SPD einen ersten Schritt getan. Doch klar muss auch sein: Mit neuen Schulden und Sondervermögen allein wird unser Land sein massives Wettbewerbsfähigkeits-Problem nicht lösen. Eine Politik des „Blanko-Schecks“ auf Kosten zukünftiger Generationen können wir uns nicht leisten. Es muss auch der Wille zum Sparen deutlich erkennbar sein. Und es müssen klare Prioritäten für mehr Investitionen in die Zukunft unseres Landes und weniger Ausgaben für den Verbrauch in der Gegenwart gesetzt werden. Nur so kann Deutschland wieder auf den Wachstumspfad zurückkehren und international eine große Wirtschaftsnation werden.

Worauf es für die Politik jetzt ankommt

In den Mittelpunkt verantwortungsvoller Politik gehört jetzt in erster Linie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

unseres Wirtschafts- und Industriestandorts. Zugleich muss auch unsere Gesellschaft wettbewerbsfähig und auch -bereit werden. Dazu bedarf es eines grundlegenden Bewusstseinswandels der Bürgerinnen und Bürger. Politik und Gesellschaft müssen ein neues Grundempfinden für die Bedeutung einer starken Wirtschaft und starken Industrie für unser Land entwickeln. Machen wir uns bewusst: Wirtschaft allein ist zwar nicht alles, aber ohne Wirtschaft alles nichts.

Zwei Themen muss die neue Bundesregierung vordringlich anpacken: Als Erstes muss sie endlich die Kardinalfrage nach einer bezahlbaren und sicheren Energie lösen. Die Energiepreise müssen jetzt runter! Dazu gehören eine Begrenzung der Netzentgelte auf 3 Cent für alle Unternehmen und für die energieintensive Industrie bis weit in den Mittelstand hinein wirksame Instrumente zur Begrenzung der Strompreise auf 6 Cent. Und gleichzeitig muss die Versorgungssicherheit gestärkt werden – mit einem beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren, der Stromnetze und -speicher sowie endlich mit der Planung und dem Bau von Back-up-Gaskraftwerken. Das alles dauert bisher viel zu lange! Und als Zweites brauchen unsere Betriebe endlich einen echten Belastungsstopp! Ich kann der Politik in Bund, Ländern und Gemeinden nur raten, den Unternehmen nicht immer noch neue schwere Steine in den Rucksack zu packen. Allein dieses Signal wäre schon so ungeheuer wichtig.

Markt und Staat wieder in Balance bringen

Zu einem neuen politischen Mindset gehört auch das Verständnis für ein wieder ausgewogeneres Verhältnis von Markt und Staat. Hier ist im Zeitverlauf das Pendel zu sehr Richtung Staat ausgeschlagen, auch deshalb hat bei Bürgerinnen und Bürgern mittlerweile eine unselige Staatsgläubigkeit Platz gegriffen. Hier bedarf es eines grundlegenden Mentalitätswechsels. Der Staat sollte sich auf

dem Spielfeld in erster Linie wieder als Schiedsrichter und deutlich weniger als Mitspieler verstehen. Heute reguliert er zu viel, mischt sich in zu viele Lebensbereiche ein und das oft mit einer überbordenden und nicht selten überforderten Bürokratie. Dieses Gebaren schadet seiner Akzeptanz.

Unternehmertum ist Quelle des Wohlstands

Ganz grundsätzlich würde unserem Land wieder mehr Vertrauen in die Gestaltungskraft und Eigeninitiative der Menschen guttun. Und mehr Freiheit würde den vielen Unternehmerinnen und Unternehmern dabei helfen, weiterhin in Deutschland wirtschaftlich erfolgreich tätig sein zu können. Dass dies die Quelle für den Wohlstand in unserem Land ist, haben viele in den letzten Jahren zu häufig vergessen. Unser Land braucht auch wieder ein neues Bewusstsein für die Bedeutung von Arbeit.

Anstrengung und Leistung unverzichtbar

Es ist eine gefährliche Illusion zu glauben, dass Wohlstand ohne Anstrengung und Leistung möglich ist. Darum sind Debatten über weitere Verkürzungen der Arbeitszeit auch so grotesk. Wir müssen uns an den Gedanken gewöhnen, eher mehr und auf die Lebensarbeitszeit bezogen auch länger zu arbeiten. Das alles ist kein Selbstzweck. Es ist die unabdingbare Grundlage für einen wehrhaften Staat, einen leistungsfähigen Sozialstaat, das Gelingen der digitalen und nachhaltigen Transformation und die Zukunftssicherung von Millionen von Arbeitsplätzen. In so schweren Zeiten wie diesen gilt dies mehr denn je.

Mit einem herzlichen Glückauf Ihr



Arndt G. Kirchhoff
Präsident

BRUTTOINLANDSPRODUKT / WIRTSCHAFTSLEISTUNG (2023)

839 MRD. EURO NRW 

4.121 MRD. EURO D

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



AUSZUBILDENDE (2023)

274.086 NRW →

1.216.560 D

Quelle: Statistisches Bundesamt



**BESCHÄFTIGUNGSQUOTE FRAUEN
15 BIS 65 JAHRE (2023)**

56,1 % ↘ **59,5 %** ↘

NRW **D**

Quelle: Bundesagentur für Arbeit



SCHNELLES INTERNET (2024)

70,0 % ↘ **68,1 %** ↗

NRW **D**

Anteil der Gewerbegebiete mit Anschlüssen von mind. 400 MBit/s; Quelle: Breitbandatlas BMDV



STUDIERENDE AN HOCHSCHULEN (2024/25)

711.069 NRW ↘

2.871.556 D

Wintersemester
Quelle: Statistisches Bundesamt

**DIE WICHTIGSTEN GÜTER NACH WERT
DER ZUM ABSATZ BESTIMMTEN PRODUKTION (2023)**



**ROHEISEN, STAHL UND
FERROLEGIERUNGEN:**

**17,1 MRD. EURO
NRW** ↘

**35,2 MRD. EURO
D** ↘

MINERALÖLERZEUGNISSE:

**12,0 MRD. EURO
NRW** ↘

**32,6 MRD. EURO
D** ↘

**SONSTIGE ORGANISCHE GRUNDSTOFFE
UND CHEMIKALIEN:**

**10,8 MRD. EURO
NRW** ↘

**23,4 MRD. EURO
D** ↘

Quellen: IT.NRW, Statistisches Bundesamt

→ Veränderung ggü. Vorjahr

DIE WICHTIGSTEN ZIELLÄNDER FÜR NRW-PRODUKTE (2024)

Angaben in Klammern: Veränderung ggü. Vorjahr
Quelle: IT.NRW

NIEDERLANDE
26,1 MRD. EURO (-1,3%)

FRANKREICH
18,2 MRD. EURO (-6,6%)

USA
15,5 MRD. EURO (-1,5%)



ARBEITSLOSENQUOTE (2024)

7,5 % ↑

NRW

6,0 % ↑

D

Quelle: Bundesagentur für Arbeit



PATENTANMELDUNGEN PRO 100.000 EINWOHNER (2024)

29 →

NRW

47 →

D

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt



EXISTENZGRÜNDUNGEN (2023)

62,7 ↓

NRW

64,0 ↓

D

je 10.000 Erwerbspersonen
Quelle: IfM



STAUKILOMETER (2024)

271.500 KM ↑

NRW

859.000 KM ↓

D

Quelle: ADAC-Staubilanz

WERTSCHÖPFUNG NACH SEKTOREN (2023)

INDUSTRIE: 27,7 % NRW
30,7 % D

LANDWIRTSCHAFT: 0,5 % NRW
0,8 % D



DIENSTLEISTUNGEN: 71,8 % NRW
68,5 % D

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Wirtschaft stärken auf allen Ebenen

- > Land: Entschlossen handeln
- > Bund: Wirtschaftspolitischer Aufbruch nötig
- > Europa: Wettbewerbsfähigkeit stärken



Vorstandssitzung mit NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst, September 2024 Foto: Sondermann

Die wirtschaftliche Lage in Nordrhein-Westfalen bleibt äußerst ernst. Immer deutlicher wird: Wir haben es nicht mit einer Konjunkturflaute zu tun, sondern mit einer massiven strukturellen Krise. Zu viele Rahmenbedingungen stimmen nicht und machen den Standort immer weniger wettbewerbsfähig. Kurz: Unser Wohlstand ist in Gefahr!

Klar ist auch: Die Politik hat es in der Hand, durch entschlossenes Handeln für eine wirtschaftliche Trendwende zu sorgen. Gefordert sind alle politischen Ebenen. Das Land kann und muss speziell mehr Tempo bei wichtigen Themen wie Bürokratieabbau oder Energie- wie Verkehrsinfrastruktur machen. Im Bund muss eine neue Bundesregierung die Chance nutzen, mit Strukturreformen die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Halbzeitbilanz im Land: Richtung stimmt

Am 17. Oktober 2024 hat unternehmer nrw in der Landespressekonferenz eine Bilanz zur ersten Halbzeit der schwarz-grünen Landesregierung gezogen. Die Landesregierung hat ihr Amt in außerordentlich schwierigen Zeiten angetreten – die Corona-Pandemie hat deutliche Spuren hinterlassen, hinzu kommen die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Kriegs, eine drohende Gasmanngelage sowie die explodierenden Energiepreise. Das Fazit: Das Krisenmanagement war professionell, pragmatisch und lösungsorientiert.

Zudem hat unternehmer nrw auf die Themen des Koalitionsvertrags geblickt. Hier hat sich die Landes-

regierung sehr ehrgeizige Ziele zur Stärkung des Wirtschafts- und Industriestandorts Nordrhein-Westfalen gesetzt. Das Fazit dazu: In der Umsetzung stimmt die grundsätzliche Richtung. Die Landesregierung hat den Unternehmen nahezu keine neuen Belastungen aufgebürdet und Landespolitik und Wirtschaft stehen in einem engen und konstruktiven Austausch.

Zweite Halbzeit in NRW: Noch viel zu tun

unternehmer nrw hat die Bilanz auch genutzt, eine Agenda für die zweite Halbzeit der Landesregierung zu formulieren. Denn klar ist: Es ist mehr zu tun denn je. Zwar wurden bereits zahlreiche Initiativen und Projekte von der Landesregierung angestoßen,

doch die Konkretisierung und Umsetzung von so manch angekündigtem ambitionierten Projekt lässt noch zu lange auf sich warten. Hier braucht es mehr Tempo. Deshalb erwartet unternehmer nrw von der Landesregierung, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Industriestandorts Nordrhein-Westfalen noch konsequenter in den Mittelpunkt ihrer Politik zu rücken. Klar ist: Nur mit einer starken Wirtschaft bleiben wir ein starkes Land.

Ministerpräsident Wüst zu Gast im Vorstand

Am 5. September 2024 war Ministerpräsident Hendrik Wüst zu Gast im Vorstand von unternehmer nrw. Kurz vor der Halbzeit der Legislaturperiode war dies eine gute Gelegenheit, sich zur bisherigen Bilanz und der künftigen Agenda auszutauschen. Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen braucht dringend eine neue Aufbruchstimmung bis weit in den Mittelstand hinein. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit muss oberste Priorität im Land haben. Das Land, so die klare Botschaft der Teilnehmer, kann und muss mehr tun, um den Wirtschafts- und Industriestandort deutlich zu stärken. Vor dem Hintergrund der großen wirtschaftlichen Herausforderungen müsse die Landesregierung die Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft noch konsequenter in den Mittelpunkt ihrer politischen Agenda stellen.

unternehmer nrw im Austausch mit der Politik

unternehmer nrw nutzt den Austausch mit der Politik an vielen weiteren Stellen, um den Ernst der Lage und den großen Handlungsbedarf deutlich zu machen. Dieser Austausch findet insbesondere in den Gremien von unternehmer nrw statt.

So war im März 2025 der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Karl-Josef Laumann, zu Gast im Vor-

„ENTSCHLOSSENES HANDELN IN SCHWIERIGEN ZEITEN“

Forderungen an die Landesregierung für die zweite Hälfte der Legislaturperiode 2022 bis 2027

1. Bürokratie abbauen und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen
2. Industrie stärken und Transformation ermöglichen
3. Energieversorgung sichern und wettbewerbsfähige Infrastruktur schaffen
4. Bildung stärken und Innovationen ermöglichen
5. Berufseinstieg erleichtern und Fachkräfte sichern



stand von unternehmer nrw. Der Blick richtete sich insbesondere auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Einigkeit bestand darin, wie wichtig – neben den richtigen politischen Weichenstellungen – auch ein stärkeres gesellschaftliches Bewusstsein für die Bedeutung von Arbeit und Leistung ist.

Auch der regelmäßige Austausch mit den Oppositionsparteien im Landtag von Nordrhein-Westfalen ist von hoher Bedeutung. So war die Vorsitzende der NRW-SPD, Sarah Philipp, im Januar 2025 Gast im Vorstand. Hier standen die aktuelle Wirtschaftslage und die Handlungsbedarfe insbeson-

dere zur Stärkung der Industrie im Mittelpunkt. Das Präsidium von unternehmer nrw tauschte sich im März 2025 mit Henning Höne, Vorsitzender der NRW FDP und FDP-Landtagsfraktion, aus. Hervorgehoben wurde hier die Bedeutung einer starken liberal-demokratischen Stimme für unser Land.

Auch in den Geschäftsführerkonferenzen findet regelmäßig ein Austausch mit der Politik statt. So standen im Februar 2025 die Themen Bauen, Digitalisierung und Kommunales auf der Agenda im Gespräch mit Daniel Sieveke, dem zuständigen Staatssekretär. Im Mittelpunkt stand

VORSTANDSSITZUNG MIT NRW-MINISTERPRÄSIDENT WÜST



Foto: Sondermann

die Forderung nach weniger Bürokratie und einer schnelleren Digitalisierung der Verwaltung.

unternehmer nrw nimmt Stellung

In zahlreiche Initiativen der Landesregierung bringt unternehmer nrw die konkreten Anforderungen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft ein. Dazu gehört die fortlaufende Umsetzung der 2023 gestarteten Fachkräfteoffensive NRW genauso wie die aktuelle Überarbeitung des industriepolitischen Leitbilds von 2019. Neu ist beispielweise das „Board für Entlastung und Beschleunigung“ des NRW-Wirtschaftsministeriums, das das Ziel hat, Verfahren zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen. Hier drängt unternehmer nrw auf mehr Tempo, da es beim Thema Bürokratieabbau kein Erkenntnis-, sondern ein klares Umsetzungsdefizit gibt.

Auch im Rahmen von Verbändeanhörungen der Landesregierung und bei Landtagsanhörungen nimmt unternehmer nrw Stellung. Das Themenspektrum ist dabei sehr breit: Lieferketten, Grundsteuer, Chancengerechtigkeit in der Bildung, soziale Arbeit, Transformation der Arbeitswelt, Landeswärmepolitik, Hochschulstärkungsgesetz – um nur einige

Beispiele zu nennen. unternehmer nrw ist zudem regelmäßig Gast in Gremien und Veranstaltungen der Landesregierung, von Parteien und Fraktionen. Beim Industriegipfel am 13. März 2025 von Ministerpräsident Wüst hat unternehmer nrw-Präsident Kirchhoff deutlich gemacht, dass eine starke Industrie die unverzichtbare Grundlage für Wohlstand, Arbeitsplätze und nicht zuletzt auch für zukunftsfähige Sozialsysteme ist. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und die Sicherung der Wertschöpfungsketten müssen daher jetzt höchste Priorität haben.

Position bezogen hat unternehmer nrw zudem in Veranstaltungen von Landesministerien zu Themen wie Lohngerechtigkeit und Integration in den Arbeitsmarkt. Im Außenwirtschaftsbeirat des NRW-Wirtschaftsministeriums im Februar 2025 stand die aktuelle Lage im Welthandel angesichts der Zollpolitik der neuen US-Regierung im Mittelpunkt.

NRW-Wirtschaft braucht Aufbruch im Bund

NRW braucht für seine Wettbewerbsfähigkeit dringend richtige Weichenstellungen auf der Bundesebene und bringt sich auch auf dieser Ebene ein. So war Präsident Kirchhoff im Oktober

2024 Gast in der SPD-Landesgruppe im Bundestag in Berlin. Ein zentrales Thema hier war der Erhalt und die Stärkung des Industriestandorts NRW.

Nach dem Bruch der Koalition am 6. November 2024 forderte unternehmer nrw einen tiefgreifenden wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Dies gilt insbesondere für die großen fünf Themen: Energiekosten, Steuern, Sozialversicherung, Bürokratie und Infrastruktur. Auch im Vorfeld der vorgezogenen Bundestagswahl hat sich unternehmer nrw intensiv eingebracht. Unter dem Motto #WirtschaftStärken hat die Landesvereinigung den Ernst der Lage deutlich gemacht und konkrete Handlungsfelder benannt, in denen unbedingt die Weichen hin zu mehr Wettbewerbsfähigkeit gestellt werden müssen. unternehmer nrw hat dafür seine Social-Media-Kanäle, Interviews des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers sowie den Wirtschaftsblog „Wirtschaft im Westen“ genutzt.

Neue Bundesregierung muss Strukturreformen angehen

Beim traditionellen Aschermittwochs-Pressesgespräch am 5. März 2025 hat unternehmer nrw die Erwartungen der nordrhein-westfälischen Wirt-

KLARE PRIORITÄTEN FÜR EINEN NEUEN AUFBRUCH! **Forderungen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft an eine neue Bundesregierung**



Wir brauchen einen wirtschaftspolitischen Aufbruch

7 Prioritäten für mehr Wettbewerbsfähigkeit

- 1. Führung für ein starkes Europa übernehmen**
- 2. Energiepreise senken – Energieversorgung sichern**
- 3. Steuer- und Abgabenlast reduzieren – Sozialstaat zukunftsfähig machen**
- 4. Infrastruktur modernisieren und ausbauen**
- 5. Schuldenbremse erhalten – Investitionen priorisieren**
- 6. Bürokratie abbauen – Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen**
- 7. Tarifautonomie wahren**

schaft an die neue Bundesregierung vorgelegt. In dem Papier „Klare Prioritäten für einen neuen Aufbruch!“ wird aufgezeigt, worauf es grundsätzlich ankommt und welche Prioritäten zu setzen sind.

In dem Pressegespräch betonte Präsident Kirchhoff deutlich den großen Handlungsbedarf: Gebraucht wird ein völlig neues Mindset in Politik und Gesellschaft. Dazu gehört auch ein breites Bewusstsein für die dringende Notwendigkeit, unseren Wirtschaftsstandort durch echte Strukturreformen wieder flottzumachen. Im Hinblick auf die Bildung einer neuen Regierungskoalition forderte er, auf politische Rituale, taktische Spielchen und eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners zu verzichten. Angesichts der ernststen Lage muss das Ruder schnellstmöglich herumgerissen werden. Erforderlich ist ein wirtschaftspolitischer Befreiungsschlag.

Auch parallel zu den Koalitionsverhandlungen hat unternehmer nrw klar Stellung bezogen. Die zentrale Botschaft: Die neue Bundesregierung muss eine neue Zuversicht und einen wirklichen Aufbruch erzeugen. Gebraucht wird wieder ein positiver Blick auf unser Land, für neue Chancen, für neue Leistungsbereitschaft und für neues Vertrauen in unseren Staat. Ganz zentral dafür ist, dass das milliardenschwere Sondervermögen einher geht mit mutigen Strukturreformen. Denn Schulden sichern nicht unsere Wettbewerbsfähigkeit. Eine solche Ausrichtung der Bundespolitik wäre eine Chance gerade auch für Nordrhein-Westfalen, wo die aktuellen Herausforderungen – etwa die Energiekrise – wie in einem Brennglas zusammenkommen.

Starkes Europa wichtig für NRW

Ein starkes Europa ist äußerst wichtig für Nordrhein-Westfalen. Und: In Brüssel braucht es eine Politik, die die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu einer Top-Prio-

rität macht. Das waren zentrale Botschaften von unternehmer nrw zur Europawahl im Juni 2024. In diesem Sinne ist unternehmer nrw auch in Brüssel engagiert. So beispielsweise bei der Europapolitischen Tagung

des Vorstands im Februar 2025. Die teilnehmenden Unternehmer haben sehr nachdrücklich für Deregulierung, eine Vertiefung des Binnenmarkts und eine bezahlbare Energieversorgung geworben.

Unsere Gremien im Gespräch mit ...



Vorstandssitzung mit Hendrik Wüst, Ministerpräsident des Landes NRW



Vorstandssitzung mit Sarah Philipp, Vorsitzende der NRW SPD und stellv. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion



Henning Höne, Vorsitzender der FDP Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion im Präsidium



Vorstandssitzung mit Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW



Geschäftsführerkonferenz mit Daniel Sieveke, Staatssekretär im Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung NRW

Fotos: Meyer, Sondermann, unternehmer nrw

Im Dialog mit der Landespolitik

Beteiligung von Unternehmer NRW an Sachverständigen-Anhörungen im Landtag

- Anhörung des Ausschusses für Europa und Internationales am 14. Juni 2024 zum Antrag der Fraktion der SPD „Wohlstand mit Anstand – Faire Lieferketten und nachhaltige öffentliche Beschaffung auch in NRW“ (Drucksache 18/7750), 10.06.24
- Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses am 18. Juni 2024 zum Gesetzentwurf der Fraktion von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zu einem „Gesetz über die Einführung einer optionalen Festlegung differenzierender Hebesätze im Rahmen des Grundvermögens bei der Grundsteuer Nordrhein-Westfalen“ (Drucksache 18/9242), 17.06.24
- Schriftliche Anhörung der Enquete-Kommission I „Chancengleichheit in der Bildung“ zum Thema „Chancengleichheit und berufliche Bildung“ (LT-Drucksache 18/3865), 02.07.24
- Anhörung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 25. September 2024 – Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Angebote der frühkindlichen Bildung von Sozialunternehmen und Chancen von Betriebs-Kitas nutzen – Antrag der Fraktion der FDP (Drucksache 18/9154), 11.09.24
- Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 2. Oktober 2024 – „Die Landesregierung gibt den Sozialen Arbeitsmarkt auf: Koalitionsversprechen halten!“ – Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache 18/8893), 24.09.24
- Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung am 8. Oktober 2024 „Zukunftsweisend, lebensnah und innovativ: Erlernen von Wirtschafts- und Finanzkompetenz in der Schule neu ausrichten“ – Antrag der Fraktion der FDP (Drucksache 18/9471), 02.10.24
- Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 30. Oktober 2024 „Von guter Arbeit in gute Arbeit vermitteln – Das Land muss bei der Transformation der Arbeitswelt vom Zuschauen ins Handeln kommen“ – Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache 18/9162), 23.10.24

- Anhörung des Ausschusses für Europa und Internationales am 10. Januar 2025 zum Antrag der Fraktion der SPD „Keine Familie auf dem Weg in die klimaneutrale Zukunft zurücklassen!“ (Drucksache 18/9729), 03.01.25
- Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 16. Januar 2025 zum Gesetz über die Errichtung des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen sowie zur Novellierung landesrechtlicher Vorschriften über den öffentlichen Gesundheitsdienst und den Arbeitsschutz (Drucksache 18/10841), 13.01.25
- Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 5. Februar 2025 zum Antrag der Fraktion der FDP „Die schwarz-grüne Halbzeitbilanz ist vor allem eine wirtschaftspolitische Schadensbilanz – Wirtschafts- und Strukturkrise in Nordrhein-Westfalen – Jetzt NRW-Agenda für Wachstum und Fortschritt beschließen“ (Drucksache 18/11598), 29.01.25
- Schriftliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum Antrag der Fraktion der SPD „Stellenabbau bei Ford in Köln – Entlassungswellen in der Industrie entschlossen entgegnetreten“ (Drucksache 18/11606), 31.01.25
- Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 12. Februar 2025, „Woche der seelischen Gesundheit: Arbeit darf nicht krank machen!“ – Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache 18/10893), 05.02.25

Stellungnahmen von Unternehmer NRW in Anhörungsverfahren der Landesregierung

- Verbändeanhörung zu einer möglichen Beschränkung, Reduzierung oder Abschaffung von Berichtspflichten der Wirtschaft gegenüber Landesbehörden, MWIKE und Staatskanzlei, 24.05.24
- Referentenentwurf des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWIKE) für ein Gesetz zur Einführung einer Kommunalen Wärmeplanung in Nordrhein-Westfalen Landeswärmepanungsgesetz NRW – LWPG, 23.07.24
- Verbändeanhörung des ressortkoordinierten Entwurfs „Verlässlich und zukunftsfähig: Die Energie- und Wärme-strategie Nordrhein-Westfalen“, 26.07.24

- Anhörung beteiligter Fachkreise und Verbände durch das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen zum Referentenentwurf eines Gesetzes betreffend die Stärkung der Hochschullandschaft (Hochschulstärkungsgesetz), 18.12.24
- Verbändeanhörung zum Erlassentwurf: „Anforderungen an die Niederschlagswasserbewirtschaftung und -behandlung im Misch- und Trennverfahren zur Einleitung in Oberflächengewässer“, 14.03.25

Beteiligung von Unternehmer NRW an Clearingverfahren und Stellungnahmen gegenüber der Clearingstelle Mittelstand

- CV Richtlinienentwurf des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verbesserung und Durchsetzung der Arbeitsbedingungen von Praktikanten und zur Bekämpfung von Scheinpraktika, 13.05.24
- CV zum Gesetzesentwurf zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher, verwaltungsvollstreckungsrechtlicher und kostenrechtlicher Vorschriften, 12.07.24
- CV zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen – aktuelle Einschätzungen, 26.08.24
- CV zum Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes und anderer Gesetze, 29.08.24
- CV zur Entschließung des Bundesrates: Aussetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes bis zur Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie, 30.08.24
- CV zur Verordnung zur Änderung der Gefahrstoffverordnung und anderer Arbeitsschutzverordnungen, 06.09.24
- CV zum Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen, 11.09.24
- CV zum Entwurf eines Reallaborgesetzes, 22.11.24
- CV zu den Eckpunkten für eine Neufassung der Mieterschutzverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, 06.02.25
- CV zum Entwurf eines Data Act-Durchführungsgesetzes, 04.03.25
- CV zum Entwurf eines Tarifentgelt-sicherungsgesetzes, 28.03.25

Mitgliedschaften und Mitarbeit in Gremien und Initiativen des Landes Nordrhein-Westfalen

Arbeitsmarkt und Fachkräftesicherung

- Begleitgremium zum Teilhabechancengesetz
- Begleitausschuss ESF NRW 2021–2027
- Fachbeirat „Arbeit und Qualifizierung“
- Begleitgremium zur Fachkräfteoffensive NRW + AG „Fachkräftepotentiale heben – Erwerbstätigkeit von Frauen in NRW verbessern“
- Steuerungskreis Inklusionsinitiative

Sozialpolitik

- Inklusionsbeirat des Landes Nordrhein-Westfalen
- Expertenkreis Teilhabebericht NRW
- Jury des Inklusionspreises des Landes NRW
- Landesausschuss für Jugendarbeitsschutz
- Fachkonferenz Sozialberichterstattung NRW

Integrationspolitik

- Beirat für Teilhabe und Integration des Landes NRW

Tarifpolitik

- Tarifausschuss für das Land Nordrhein-Westfalen

Strukturpolitik

- Begleitausschuss EFRE.NRW/JTF.NRW 2021–2027
- Strukturstärkungsrat des 5-StandorteProgramms

Digitalisierung

- Spitzengespräch Cybersicherheit in der Wirtschaft
- AG Weiterentwicklung Wirtschafts-Service-Portal.NRW

Mittelstandspolitik

- Mittelstandsbeirat der Landesregierung
- Clearingstelle Mittelstand

Entbürokratisierung

- Board für Entlastung und Beschleunigung

Justiz

- Beratender Ausschuss für die Ernennung der Berufsrichter gemäß § 11 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG)
- Beratender Ausschuss für die Ernennung der Vorsitzenden gemäß § 18 Abs. 2 Arbeitsgerichtsgesetz

Europa

- NRW.Europa – Stakeholdernetzwerk Enterprise Europe Network in NRW
- Arbeitskreis „Frühwarnsystem Europa“ des MWIKE

Außenwirtschaft

- Beirat Außenwirtschaft

Gesundheit

- Landesgesundheitskonferenz NRW
- Vorbereitender Ausschuss der Landesgesundheitskonferenz
- Landesinitiative „Gesundheitsförderung und Prävention“, Arbeitsgruppe Mittlere Lebensphase
- Begleitgremium „Gemeinsam für Umwelt und Gesundheit in NRW“

Datenschutz

- Landesdatenschutzkonferenz NRW

Energie- und Klimapolitik

- Beirat Klimaanpassung NRW
- Stakeholder-Beteiligung zur Energie- und Wärmestrategie
- Energiedialog NRW

Industriepolitik

- Zukunftsdialog Industrie
- Industriepakt für Klimaneutralität und Wettbewerbsfähigkeit
- Board für Entlastung und Beschleunigung

Umweltpolitik

- TEAM Nachhaltigkeit des Wuppertal Instituts
- Kompetenznetzwerk Umweltwirtschaft.NRW
- Landesbeirat „Immissionsschutz“
- Dialogreihe Zielkonflikte in innerstädtischen Quartieren aus Sicht des Immissionsschutzes
- Förderbeirat „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW-ResA“
- Förderbeirat Zukunftsfähige und nachhaltige Abwasserbeseitigung NRW – ZunA
- Jury Bodenschutzpreis des AAV
- Arbeitskreis Offenlegung von Antragsunterlagen im Internet
- NRW-Nachhaltigkeitsbeirat
- Begleitgremium Gemeinsam für Umwelt und Gesundheit in NRW
- Runder Tisch Zirkuläre Wertschöpfung
- Trägerkreis Allianz für die Fläche

Bildung/Ausbildung/Weiterbildung

- Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen
- Steuerungsgremium „Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)“
- Landesausschuss für Berufsbildung des Landes Nordrhein-Westfalen
- Landesbeirat für die gemeinwohlorientierte Weiterbildung (Landesweiterbildungsbeirat)
- Arbeitskreis Weiterbildungsorganisationen des MAGS
- Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung

Forschung und Innovation

- Förderbeirat „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW-ResA“
- Expertenkreis Kompetenzzentrum NRW.innovativ
- NRW Innovation talk

Verkehr

- Bündnis für Mobilität „Fokusgruppe Infrastruktur“





Fotos: Meyer, Sondermann



Du hast nie ein Blatt vor den Mund genommen, immer in aller Ehrlichkeit und Deutlichkeit gesagt, was ist, und mit deiner Erfahrung und deiner Weitsicht gesehen, was nötig ist.

BDA-Präsident Dr. Rainer Dulger





Arndt Kirchhoff ist ein Gestalter der nordrhein-westfälischen Wirtschaft, ein leidenschaftlicher Verfechter der Sozialpartnerschaft und ein Brückenbauer zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst



Wenn unsere Wirtschaft stark ist, dann ist auch Deutschland ein starkes Land!

NRW-Unternehmerpräsident Arndt Kirchhoff



Fotos: Meyer, Sondermann



Bezahlbare Energie Standortfaktor Nummer 1

- > **Wirtschaftsstandort weiter unter Druck**
- > **Wettbewerbsfähigkeit im Fokus**
- > **Schnelligkeit und Pragmatismus erforderlich**



Zukunftsdialog Industrie, Mai 2024 Foto: MWIKE NRW/Wagner

Das zurückliegende Jahr hat eindringlich gezeigt, wie überlebenswichtig eine sichere und vor allem bezahlbare Energieversorgung für den Wirtschafts- und Industriestandort NRW ist. Seit Ausbruch des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine haben sich die Rahmenbedingungen unserer Energieversorgung abrupt und fundamental verändert. Bislang fehlen allerdings die nötigen politischen Maßnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit vor allem bei Energiepreisen wiederherzustellen.

Produktion und Beschäftigung bedroht

Das Land muss beim Bund daher endlich Erfolge bei der Einführung eines Brückenstrompreises und der massiven Senkung der Netzentgel-

te erreichen. Produktionsrückgänge und ein sich weiter beschleunigender Stellenabbau am Industriestandort NRW sind andernfalls die Konsequenz. Dies betrifft zuallererst die in NRW in hoher Zahl ansässigen Grundstoffindustrien und strahlt in andere Bereiche aus. Es drohen dramatische Auswirkungen auf den Wohlstand hierzulande. Allen politisch Verantwortlichen muss absolut klar sein: Zu jeder Sekunde ist der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen auf eine verlässliche und wettbewerbsfähige Energieversorgung existenziell angewiesen.

Doch es gibt auch positive Nachrichten: Die schwarz-grüne Landesregierung hat bisher den Ausbau der erneuerbaren Energien sowohl raumplanerisch als auch durch die Beschleunigung der spezifischen

Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich vorangebracht – mit ersten zählbaren Erfolgen in der Umsetzung. Ebenso wurden mit dem zweiten Klimaschutzpaket weitere energie- und klimapolitische Themen vorangetrieben.

Umsetzung der Energie- und Wärmestrategie

Damit die digitale und nachhaltige Transformation wirklich gelingt, muss auf Landesebene die jüngst überarbeitete Energie- und Wärmestrategie in der Breite maßnahmen-scharf umgesetzt, mit verbindlichen jährlichen Meilensteinen versehen und kontinuierlich fortgeschrieben werden. Das Land muss Planung, Genehmigung und Bau der wasserstofffähigen Back-up-Gaskraftwer-

ke in Rekordtempo umsetzen. NRW muss dabei – wo immer möglich – bei den Planungen in Vorleistung gehen und kann nicht warten, bis der Bund alle noch offenen Fragen geklärt hat. Andernfalls wird das selbst gesetzte Ziel des Braunkohlenausstiegs 2030 nicht gelingen.

Weniger Bürokratie – ein Muss für die Wettbewerbsfähigkeit

Überbordende Bürokratie und viel zu lange Verfahren sind weiter ein handfester Nachteil des Standorts Nordrhein-Westfalen. Sie sind eines der größten Hemmnisse für Investitionen und den Verbleib am Standort. Das Land hat vieles selbst in der Hand und kann das Landesrecht unmittelbar vereinfachen.

In zahlreichen Gesprächen mit der Landesregierung und der Politik hat unternehmer nrw konkrete und umsetzbare Vorschläge zur Beschleunigung und Entlastung eingefordert. Es ist gut und richtig, dass die Landesregierung im November 2024 ein erstes Beschleunigungspaket beschlossen hat. Doch dies kann nur ein erster, kleiner Schritt in die richtige Richtung sein – weitere Maßnahmen müssen dringend folgen.

Pragmatismus bei der Umsetzung von EU- und Bundesrecht erforderlich

Europäisches und Bundesrecht müssen im Land so pragmatisch und unkompliziert wie möglich umgesetzt werden. Landesregelungen dürfen keine zusätzlichen Belastungen oder Abweichungen mit sich bringen. Andernfalls droht der Standort weiter ins Hintertreffen zu geraten. Mit Blick auf die Umsetzung der europäischen Luftqualitätsrichtlinie könnten Unternehmen und Behörden weiteren Nachteilen ausgesetzt sein. In der Sitzung des Umweltausschusses von unternehmer nrw im November 2024 wurden die Bedarfe der Unternehmen gemeinsam mit dem Ministe-

rium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr erörtert. Entscheidend ist, dass die Umsetzung praxistauglich und effizient erfolgt.

Mit Digitalisierung schneller zum Ziel

Die Transformation bringt für Unternehmen und Behörden einen regelrechten Genehmigungs-Marathon mit sich. Mit einer sinnvollen und praxistauglichen Digitalisierung lassen sich Verfahren oft drastisch beschleunigen

und alle Beteiligten entlasten. Ein gelungenes Beispiel für die Digitalisierung ist das nordrhein-westfälische Wirtschaftsserviceportal. Gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie hat unternehmer nrw im Oktober 2024 im Online-Format „Eine Stunde – Ein Thema“ über die Weiterentwicklungsmöglichkeiten des Portals gesprochen. Daran anknüpfend wurde im Januar 2025 gemeinsam mit KI.NRW über die Chancen und Einsatzfelder von künstlicher Intelligenz diskutiert.



Quelle: IT.NRW



Unsere Zeit ist der Roosevelt-Moment – nutzen wir ihn!

Ein unerlässlicher Bestandteil von Planungssicherheit und moderner Industriepolitik sind verlässlich wettbewerbsfähige Energiepreise. International konkurrenzfähige Preise für Strom aus erneuerbaren Energien sind in Sicht, aber die Gefahr ist groß, dass in der Übergangszeit Wertschöpfung und Arbeitsplätze verloren gehen. Zum Teil ist das schon der Fall. (...) Wählen wir die richtigen Vorbilder. Theodore Roosevelt, Republikaner und der 26. Präsident der USA, zerschlug die großen Monopolisten seiner Zeit (...). Franklin Roosevelt, der 32. Präsident, besiegte den Faschismus, schuf den modernen Sozialstaat und Wohlstand. Wir wissen, was sie heute täten. Unsere Zeit ist ein Roosevelt-Moment. Nutzen wir ihn!



Jochen Ott
Vorsitzender der
SPD-Landtagsfraktion NRW

Aus „Klartext im Westen“
vom 23. Januar 2025
www.wirtschaftsblog.nrw



Wettbewerbsfähigkeit in den Mittelpunkt!

- > Herausfordernde Wirtschaftslage in NRW
- > Politisches Handeln gefragt
- > Verkehrsinfrastruktur: Viel mehr Schwung nötig



Infrastrukturkonferenz NRW, November 2024 Foto: Meyer

Massiv veränderte wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen führen zu einer nachlassenden Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts. Dieser Trend hat sich zuletzt von den energieintensiven Industrien bis ins Verarbeitende Gewerbe insgesamt weiter verstärkt. Das dritte Jahr in einer wirtschaftlichen Rezession hinterlässt deutliche Spuren.

Standortnachteile wie viel zu hohe Energiepreise, Umsetzungslücken bei der Sicherung unserer Stromversorgung, zu hohe Steuern und Abgaben, eine wegbröckelnde Infrastruktur und eine lähmende Bürokratie fallen immer stärker ins Gewicht. Die Folgen sind Auftragsrückgänge, Produktionskürzungen und Standortverlagerungen. Die Lage ist mehr als ernst.

Schaffen wir als Bundesland diesen Tempowechsel, verbessern sich auch unsere Chancen im internationalen Wettbewerb um Innovationen und Investitionen. Mit klaren Prioritäten und durch entschiedenes Handeln können wir aus NRW heraus für NRW einen Unterschied machen.

Industriepolitisches Leitbild fortentwickeln

Im November 2024 wurde das Update des Industriepolitischen Leitbilds auf Arbeitsebene abgeschlossen. Die Verabschiedung auf Regierungsebene stand zum Redaktionsschluss noch aus. Klar ist aber: Das Industriepolitische Leitbild muss den immensen Herausforderungen unserer Industrie gerecht werden und sich der drohenden De-Industrialisierung

entgegenstellen. Die Arbeit endet nicht mit der Verabschiedung. Unsere heimische Industrie braucht zielgerichtete Maßnahmen, die entschlossen umgesetzt werden, und hierzu ein enges Monitoring.

Mittelstand fördern

Um den Mittelstand in Nordrhein-Westfalen endlich spürbar von Bürokratielasten zu befreien, bedarf es zeitnah einer Novelle des NRW-Mittelstandsförderungsgesetzes, verbunden mit einer institutionellen Stärkung der Clearingstelle Mittelstand. Ziel der Bemühungen muss es sein, dass Nordrhein-Westfalen bundesweit wieder das modernste und in der Umsetzung für die Zielgruppe bestmögliche Mittelstandsförderungsgesetz hat.

Verkehrsinfrastruktur zukunftsfähig machen

Eine leistungs- und wettbewerbsfähige Verkehrsinfrastruktur ist Basis für den Erfolg unseres Wirtschaftsstandorts. NRW ist eine wichtige Verkehrsdrehscheibe im Herzen Europas und braucht wieder deutlich mehr Engagement in der Verkehrspolitik.

Alle für die Industrie relevanten Aspekte der Infrastruktur wurden im November 2024 beim Infrastruktorkongress von unternehmer nrw und der Bauindustrie NRW intensiv in den Blick genommen. In der Diskussion mit namhaften Repräsentanten aus Politik, Wissenschaft und Unternehmen wurde deutlich, dass wir dringend eine schnellere Umsetzung und mehr Zukunftsorientierung brauchen.

Auf der Veranstaltung wurde deutlich: Gerade die Brückenerneuerung entlang der Schwerlasttrouten muss die absolute Top-Priorität der Verkehrspolitik haben.

Schneller vorankommen

Wir haben keine Zeit zu verlieren, daher brauchen wir pragmatische Lösungen wie den modularen Brückenbau als schnellen Planungs-, Ausschreibungs- und Baustandard. Weitere Sperrungen von Brücken und die damit verbundenen Belastungen durch Ausweichstrecken sind nicht akzeptabel. Der bislang einseitige Fokus der NRW-Verkehrspolitik auf

„Erhalt vor Ausbau“ darf den Weg zu einer leistungs- und wettbewerbsfähigen Infrastruktur in NRW nicht versperren. Die vom Bund bereitgestellten Mittel müssen Jahr für Jahr wieder vollständig abgerufen und durch ein Planungsbudget kurzfristig weitere Maßnahmen in NRW ermöglicht werden.

Damit es insgesamt schneller vorgeht, müssen die Landesmittel für den Neubau von Landesstraßen auch in Zeiten knapper Kassen ausgeweitet und mehr Transparenz durch eine kontinuierliche, verpflichtende Berichterstattung im Verkehrsausschuss des Landtags gewährleistet werden.



Bernhard Kahl, Prokurist Bloedorn Speditions GmbH



Tim Hartmann, CEO Currenta GmbH & Co. OHG



Daniel Strücker, Präsident Bauindustrieverband NRW (links), im Gespräch mit Viktor Haase, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr NRW



Moderator Stefan Schulte, Ressortleiter Wirtschaft WAZ



Debatte im Plenum



Marcus Bangen, CEO Duisburger Hafen AG

Fotos: Meyer



Gute Bildung = Rüstzeug für die Zukunft

- > **Verlässliche Kinderbetreuung gewährleisten**
- > **OGS-Ausbau verbindlich gestalten**
- > **Schulqualität weiter in den Fokus rücken**



Foto: lordn – stock.adobe.com

Qualitativ hochwertige Bildung bleibt entscheidend für einen erfolgreichen Lebens- und Bildungsweg. Für die Wirtschaft ist gute Bildung Voraussetzung für die Fachkräfte von morgen, die die Wettbewerbsfähigkeit sichern. Jedoch zeigen aktuelle Schulleistungsstudien erneut, dass in NRW Nachholbedarf hinsichtlich der Kompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen besteht. Hier gilt es, entschlossen gegenzusteuern.

Frühkindliche Bildung und Betreuung stärken

unternehmer nrw setzt sich seit vielen Jahren für einen bedarfsgerechten Ausbau im Bereich der frühkindlichen Bildung ein. Das ist wichtig, damit Kinder so früh wie möglich an guter Bildung teilhaben und um den engen Zusammenhang von sozialer Herkunft

und Bildungserfolg zu entkoppeln. Zudem spielt ein verbindliches Kinderbetreuungsangebot eine wichtige Rolle bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Aktuell stehen viele erwerbstätige Eltern vor der Herausforderung, kurzfristige Lösungen zur Kinderbetreuung zu finden, da die Einrichtungen ihre Öffnungszeiten verkürzen oder in Teilen schließen. Wie wichtig für

erwerbstätige Eltern und ihre Arbeitgeber ein verlässliches Betreuungsangebot ist, hat unternehmer nrw im September 2024 im Ausschuss Familie, Kinder und Jugend im Landtag als Sachverständige zum Ausdruck gebracht.

Auf einer Podiumsdiskussion mit Arbeitsminister Karl-Josef Laumann und Familien-Staatssekretär Lorenz Bahr im Oktober 2024 hat unter-



121.500 Plätze

So groß war die Betreuungslücke in NRW im Jahr 2024.
Es fehlten 93.700 Plätze im U3- und 27.800 Plätze im Ü3-Bereich.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, 2024

nehmer nrw-Hauptgeschäftsführer Pöttering ebenfalls die Notwendigkeit von zuverlässiger und hochwertiger frühkindlicher Bildung und Betreuung verdeutlicht.

Richtig ist aus Sicht von unternehmer nrw, dass das Land dem Fachkräftemangel an Kitas pragmatisch begegnet. So ist es mit der im Dezember 2024 veröffentlichten Personalverordnung möglich, weitere Personengruppen in Kitas einzusetzen. Damit können zusätzliche Kräfte ins System kommen, dieses entlasten und ein pädagogischer Mehrwert entstehen. Wichtig ist, dass die Träger diese Möglichkeit zügig umsetzen. Unabhängig davon appelliert unternehmer nrw an die Landesregierung, die Gewinnung von neuen Fachkräften in den Sozial- und Erziehungsberufen weiterhin zielgerichtet voranzubringen.

Chancen des Ganztags nutzen

unternehmer nrw begrüßt grundsätzlich den im Juli 2024 veröffentlichten gemeinsamen Erlass „Offene Ganztagsschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote im Primarbereich“ des

Schul- und Familienministeriums. Damit geht das Land einen weiteren Schritt zur Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes des Bundes und leistet einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Ein Gesetz mit definierten Verantwortungsbereichen und entsprechend hinterlegten Ressourcen würde aus Sicht der Landesvereinigung einen verbindlicheren Rahmen für alle Beteiligten darstellen. In Gesprächen mit Entscheidungsträgern wirbt unternehmer nrw zudem für Kooperationen zwischen OGS-Trägern und Organisationen der Wirtschaft, um die Angebote zum Beispiel durch spielerische Formate der Berufsorientierung zu ergänzen.

Schwerpunkt Qualitätssicherung beibehalten

In der Herbstsitzung des Ausschusses Personal- und Bildungspolitik hat das NRW-Schulministerium aufgezeigt, wie die Maßnahmen des Handlungskonzepts Unterrichtsversorgung bereits zur Verbesserung des Schulsystems beitragen. In der Diskussion mit den Ausschussmitgliedern wurde erneut deutlich, wie es um die Basiskompetenzen Lesen,

Schreiben und Rechnen der jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen steht. Die Ergebnisse des Austauschs spiegeln in Teilen auch die Resultate der aktuellen PISA-Studie wider. Daher begrüßt es unternehmer nrw ausdrücklich, dass mit dem Startchancen-Programm des Bundes eine intensive Förderung der Grundkompetenzen forciert wird. Damit die Mittel dort ankommen, wo sie besonders dringend benötigt werden, hat das Land NRW richtigerweise den Schulsozialindex überarbeitet.

Ökonomische Bildung als Teil von Allgemeinbildung verstehen

Die Landesvereinigung engagiert sich schon lange für ökonomische Bildung an Schulen in Nordrhein-Westfalen als wichtiger Teil einer umfassenden Allgemeinbildung. Ein Meilenstein dafür war die Einführung des Fachs Wirtschaft zum Schuljahr 2020/2021. Im Oktober 2024 hat unternehmer nrw im Ausschuss für Schule und Bildung des Landtags dargestellt, warum ökonomische Bildung weiterhin von besonderer Bedeutung für die Schülerinnen und Schüler in NRW ist und wie sie weiter gestärkt werden kann.



NRW zeigt, wie man's besser macht

Wir investieren in die Köpfe von morgen. 42 Milliarden Euro geben wir kommenden Jahr für Bildung aus, sind damit deutschlandweit die Nummer eins: Kein anderes Bundesland gibt einen solch großen Anteil seines Etats für Bildung aus! Jeder vierte Euro im Haushalt fließt in unsere Schulen. Ausbildung und Studium sind für uns gleichermaßen wertvoll und bieten unterschiedliche Wege, um berufliche und persönliche Ziele zu erreichen.

Aus: „Klartext im Westen“ vom 11. Dezember 2024
www.wirtschaftsblog.nrw



Foto: Steffen Böttcher

Thorsten Schick Mdl
Vorsitzender CDU-Landtagsfraktion NRW



Ausbildung braucht Vorbildung

- Ausbildungsstellen und Bewerberzahlen ausgeglichen
- Passungsprobleme nehmen zu
- Bildungssysteme ganzheitlich stärken



Spitzengespräch Ausbildungskonsens, Dezember 2024 Foto: Sondermann

Der Ausbildungsmarkt in NRW zeigt zwei Seiten: Zum einen schlägt sich die strukturelle wirtschaftliche Krise zunehmend auch bei den Ausbildungsplätzen nieder. So ist die Zahl der 2024 gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen zwar immer noch auf einem stabilen hohen Niveau, im Vergleich zum Vorjahr jedoch um 4 Prozent zurückgegangen. Zum anderen bleibt der Mangel von passenden Bewerbern eine zentrale Herausforderung. 12.400 Ausbildungsstellen konnten 2024 in NRW nicht besetzt werden. Erfreulich ist das hohe Interesse an einer Ausbildung: So ist die Zahl der Bewerber um 2 Prozent gestiegen. Rein rechnerisch sind die Stellen- und Bewerberzahlen landesweit betrachtet – jedoch mit starken regionalen Unterschieden – ausgeglichen.

Berufliche Bildung ganzheitlich stärken

Laut „Berufsbildungsbericht 2024“ des Bundesinstituts für Berufsbildung haben rund 23 Prozent der jungen Erwachsenen in Nordrhein-Westfalen keinen Berufsabschluss – eine viel zu hohe Zahl! Die Gründe dafür sind vielfältig: Regionale, berufsfachliche, qualifikatorische und individuelle Passungsprobleme nehmen zu.

Die Betriebe haben zunehmend die Herausforderung, dass viele Schulabgänger nicht das nötige Rüstzeug für eine Ausbildung mitbringen. Daher müssen dringend strukturelle Verbesserungen im Bildungssystem erfolgen, um die berufliche Bildung maßgeblich zu stärken.

Die Landesvereinigung hat sich intensiv dafür eingesetzt, dass im Beschluss zum Spitzengespräch des Ausbildungskonsens im Dezember 2024 verabredet wurde, Bildungsinstanzen weiter zu stärken. Das Ziel: die Teilhabechancen und die Kompetenzen junger Menschen zu verbessern und damit auch die berufliche Ausbildung als entscheidenden Beitrag zur Fachkräftesicherung zu fördern.

Voraussetzungen für erfolgreiche Berufsabschlüsse

Im Jahr 2023 wurden rund 30 Prozent der betrieblichen Ausbildungsverträge in Nordrhein-Westfalen vorzeitig aufgelöst. In einem Standpunkt hat

die Landesvereinigung diese Zahl von vorzeitigen Vertragslösungen kommentiert und eingeschätzt. Es gilt: Vertragslösungen haben vielfältige Gründe und können auch nicht gänzlich verhindert werden. Es kann jedoch viel getan werden, um ihre Anzahl zu reduzieren, präventiv wie begleitend. Hierbei zentral: die Kompetenzen der jungen Menschen vor und in der Ausbildung verbessern, Schlüsselqualifikationen stärken und eine fundierte berufliche Orientierung frühzeitig vermitteln. Entscheidend ist vor allem, dass Vertragslösungen nicht zu endgültigen Ausbildungsabbrüchen werden.

Berufsorientierung systematisch verankern

Eine starke Berufsorientierung und frühzeitige Praxiserfahrungen sind wichtig, damit ein möglichst reibungsloser Übergang in das Berufsleben gelingt. Im bildungspolitischen Erfahrungsaustausch von unternehmer nrw und SCHULEWIRTSCHAFT NRW hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW Weiterentwicklungen der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)“ skizziert. Im Austausch zwischen dem Ministerium und den Bildungsverantwortlichen aus den Mitgliedsverbänden konnten Synergien und Weiterentwicklungsbedarfe identifiziert werden. So ist es sinnvoll, bestehende wirtschaftsseitige Angebote, Materialien und Initiativen zur Berufsorientierung noch stärker mit KAoA zu verzahnen.

Berufliche Bildung braucht starke Stimme

Auf Veranstaltungen wie beispielsweise der Feier zum 25-jährigen Bestehen der Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen oder in einer schriftlichen Anhörung der Enquete-kommission „Chancengleichheit in der Bildung“ zum Thema „Chancengleichheit und berufliche Bildung“ hat unternehmer nrw gefordert, Aktivitäten zur Stärkung der beruf-

lichen Bildung zu intensivieren und strukturell anzugehen. Auch im Podcast „Wirtschaft im Westen“ und im Wirtschaftsblog von unternehmer nrw lag der Fokus auf der dualen Ausbildung, um mehr Öffentlichkeit für die berufliche Bildung herzustellen und betriebliche Herausforderungen wie auch politische Lösungsvorschläge zu kommunizieren.

Beschäftigungsfähigkeit durch Weiterbildung

Berufliche Weiterbildung ist ein Schlüssel für die Beschäftigungsfähigkeit jeder und jedes Einzelnen und für die Wettbewerbsfähigkeit der

Unternehmen. Im Fokus der Online-Veranstaltung der Landesvereinigung „Teilqualifizierung als Beitrag zur Fachkräftesicherung und Transformation“ stand die betriebliche Weiterbildung von An- und Ungelernten mit dem Instrument der Teilqualifizierung (TQ).

In einem Wirtschaftsgespräch der Friedrich-Naumann-Stiftung konnte unternehmer nrw zum Thema „Potenziale heben – Fachkräfte binden. Woher kommen die Fachkräfte von morgen und wie halten wir sie?“ ebenfalls die Bedeutung der Weiterbildung diskutieren sowie aktuelle Entwicklungen und die Sichtweisen der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen einbringen.



688.125

junge Menschen absolvierten im Jahr 2023 in Deutschland eine betriebliche Ausbildung in Industrie, Handel und Dienstleistungen.

Quelle: Ausbildungsstatistik DIHK



Gezielte Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel

Neben den inländischen Potenzialen müssen auch die Potenziale aus dem Ausland besser gehoben werden. Eine notwendige Maßnahme ist hier die Förderung von qualifizierter Zuwanderung. Dabei müssen die Chancen des neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes besser genutzt werden, indem bürokratische Hürden abgebaut und die Prozesse der Fachkräftemigration beschleunigt werden. Dazu sollte die Zuwanderung über die Hochschulen ausgeweitet werden.

Aus: „Klartext im Westen“ vom 2. Oktober 2024 www.wirtschaftsblog.nrw

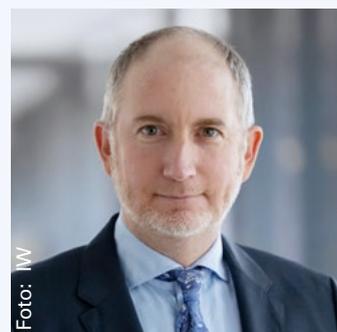


Foto: IW

Prof. Dr. Axel Plünnecke
Leiter des Clusters Bildung, Innovation, Migration, Institut der deutschen Wirtschaft (IW)



Was zählt, ist der Transfer in die Praxis

- > Kooperationen Wissenschaft und Wirtschaft stärken
- > Hochschulen im Wandel unterstützen
- > Bei KI und Cybersicherheit am Ball bleiben



Spitzengespräch Digital.Sicher.NRW, September 2024 Foto: Digital.Sicher.NRW

Eine gute Idee ist der erste Schritt. Mindestens genauso wichtig ist, dass aus der guten Idee auch neue Produkte und Anwendungen werden. Dieser Transfer muss in der Innovations- und Digitalisierungspolitik eine noch wichtigere Rolle spielen.

Aus guten Ideen werden nicht automatisch neue Produkte und Anwendungen. Daher ist das Format „NRW Innovation talk“ des Wirtschaftsministeriums NRW wichtig. Dieser richtet gezielt den Blick darauf, wie der Innovationstransfer und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft gestärkt werden kann.

Beim Treffen im September 2024 stand das Thema „Nachhaltige Innovation“ im Mittelpunkt. unternehmer nrw hat deutlich gemacht, wie wich-

tig Innovationen für die nachhaltige Transformation sind. Entscheidend hierfür ist Technologieoffenheit.

Hochschulen als Innovationspartner der Betriebe stärken

Im März 2025 drehten sich die Beratungen beim „Innovation talk“ um die Frage „Sprunginnovationen aus NRW?“. Seitens unternehmer nrw wurden die Chancen hervorgehoben, die Nordrhein-Westfalen mit seiner starken Forschungs- und Hochschullandschaft auch für Sprunginnovationen hat.

Hochschulen spielen für die Fachkräftesicherung sowie die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit eines Landes eine zentrale Rolle.

Nordrhein-Westfalen ist hier mit einer starken und vielfältigen Hochschullandschaft grundsätzlich sehr gut aufgestellt.

Gleichzeitig sind die Hochschulen durch verschiedene Entwicklungen gefordert, zum Beispiel demographischen Wandel, zunehmend heterogene Studierendenschaft, lebenslanges Lernen, Digitalisierung oder Internationalisierung.

Hochschulzugangsgesetz mit richtigen Themen – ein Kritikpunkt bleibt

unternehmer nrw hat es daher in einer Verbändeanhörung des Wirtschaftsministeriums NRW grundsätzlich sehr begrüßt, dass mit dem Hochschulstärkungsgesetz die ge-

nannten Themen adressiert werden. Richtig ist, das hochschulische Engagement etwa in der Digitalisierung oder der wissenschaftlichen Weiterbildung zu stärken und Kooperationen zu fördern.

Kritisch geäußert hat sich unternehmer nrw zur geplanten Regelung zur Begrenzung der Mitgliedschaft im Hochschulrat.

Konsequent am Ball bleiben beim Thema Cybersicherheit

Sorgen um die Sicherheit der eigenen Daten sind bei den Unternehmen groß. An einigen Stellen ist dies sogar ein Hemmschuh bei der Digitalisierung. Daher beteiligt sich unternehmer nrw weiterhin an der Initiative „Wirtschaft.Digital.Sicher NRW“. Hierdurch werden insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) zu den Themen Datensicherheit und -schutz sensibilisiert und auch bei der Umsetzung unterstützt.

Schwerpunkt auf NIS-2-Richtlinie

Beim Spitzengespräch „Cybersicherheit in der Wirtschaft“ im September 2024 lag ein Schwerpunkt auf der NIS-2-Richtlinie (NIS: „Network and Information Security“). unternehmer nrw hat deutlich gemacht, wie wichtig konkrete Informationen für die Anwendung dieser Richtlinie sowie die Unterstützung gerade kleiner und mittelständischer Betriebe sind.

Das Thema NIS-2-Richtlinie hat unternehmer nrw auch in der Online-Reihe „Eine Stunde – Ein Thema“ im Dezember 2024 aufgegriffen. Dabei ging es um den Umsetzungsstand in Deutschland sowie konkrete Fragen der Betroffenheit, von umzusetzenden Maßnahmen sowie Anforderungen an die Meldepflicht und Prüfverfahren. Vorgestellt wurde auch die kostenfreie Erstberatung für

KMU durch die „NIS-2-Anlaufstelle NRW“, die seitens des Wirtschaftsministeriums NRW gefördert wird. unternehmer nrw begrüßt dieses Unterstützungsangebot.

Chancen der KI-Vielfalt nutzen

Künstliche Intelligenz ist aus dem Arbeitsleben nicht mehr wegzudenken. Dass KI aber viel mehr ist als Programme wie ChatGPT, wurde im

Januar 2025 bei der Online-Reihe „Eine Stunde – Ein Thema“ deutlich.

Das Kompetenznetzwerk KI.NRW hat aufgezeigt, wie schnell sich künstliche Intelligenz entwickelt, wo KI in unserem Alltag steckt, welchen Nutzen sie bringt und mit welchen Schritten der Einstieg gelingt. Zu begrüßen ist vor diesem Hintergrund das breite Unterstützungsangebot von KI.NRW, mit dem der Transfer von KI in die insbesondere mittelständische betriebliche Praxis vorangebracht werden soll.



93 %

aller deutschen Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten verfügten 2024 über einen schnellen Internetanschluss.

Quelle: Statistisches Bundesamt



Aus der Krise schaffen wir es nur zusammen

Die öffentliche Hand muss den Sanierungsstau bei der Infrastruktur überwinden und braucht dafür Fürsprecher aus Wirtschaft und Gesellschaft. Aber auch mehr private Investitionen sind wichtig. (...) Die Zeit des Kohlelands NRW ist vorbei, es ist Zeit für das Land der erneuerbaren Energien, das Land der klimaneutralen Industrie und das Land der Innovationen. Damit das gelingt, ist offensichtlich: Wir brauchen weniger Schuld- und Meckerdebatten und mehr Austausch darüber, wie wir in NRW vorankommen.

Aus „Klartext im Westen“ vom 13. Januar 2025 www.wirtschaftsblog.nrw



Foto: GRÜNE NRW

Wibke Brems MdL
Vorsitzende der GRÜNEN-Landtagsfraktion NRW



Arbeitsmarkt zunehmend in der Krise

- > **Arbeitslosigkeit steigt, Fachkräftemangel bleibt**
- > **Strukturelle Wirtschaftskrise belastet Arbeitsmarkt**
- > **Fachkräftesicherung im Fokus**



Pressekonferenz zum NRW-Arbeitsmarkt, Dezember 2024 Foto: RD für Arbeit NRW

Die strukturelle Wirtschaftskrise hat auch den Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen erfasst. Obwohl die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiter auf einem Rekordniveau bleibt, stieg die Arbeitslosigkeit. Besondere Sorgen macht der Rückgang bei der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe. Die Krise lindert zwar temporär den Fachkräftemangel, dieser besteht aber weiterhin und bleibt aufgrund des demografischen Wandels eine große Herausforderung.

Komplexe Herausforderungen am Arbeitsmarkt

Auf der jährlichen Pressekonferenz zur Bilanz des Arbeitsmarkts, die Mitte Dezember 2024 zusammen mit der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit und dem

DGB NRW durchgeführt wurde, hat unternehmer nrw darauf hingewiesen, dass die schwierige Wirtschaftslage inzwischen auch Auswirkungen am Arbeitsmarkt hat. Lange Zeit hätte Personal von den Unternehmen gehalten werden können. Inzwischen jedoch hinterlässt der Rückgang der nordrhein-westfälischen Industrieproduktion deutliche Spuren.

NRW-Unternehmerpräsident Arndt Kirchhoff mahnte daher auf der Pressekonferenz einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel an – eine Politik für mehr Wettbewerbsfähigkeit sei gleichzeitig auch die beste Arbeitsmarktpolitik. Auch in Anhörungen im Landtag, bei Podiumsdiskussionen sowie in den arbeitsmarktpolitischen Gremien setzte sich unternehmer nrw für eine Verbesserung der Standortbedingungen in NRW ein.

Fachkräfteoffensive NRW zielorientiert umsetzen

unternehmer nrw bringt sich intensiv in die Umsetzung der Fachkräfteoffensive NRW ein. Dabei befürwortet der Verband die Weiterentwicklung eines längerfristigen Arbeitsprogramms mit Zielen, Handlungsfeldern, Maßnahmen und Zuständigkeiten, um noch stärkere Wirkung zu erzeugen.

An der Ausarbeitung von Strategiepapieren zu Themen wie „Abschlussorientierte Teilqualifizierung“ oder „Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen“ beteiligte sich unternehmer nrw mit seiner Expertise. Im bildungspolitischen Erfahrungsaustausch von unternehmer nrw und SCHULEWIRTSCHAFT NRW gab das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW einen

aktuellen Überblick zur Fachkräfte-offensive NRW.

Inklusion bedarfsgerecht flankieren

Regelmäßig zeigt unternehmer nrw das vielfältige Engagement der Unternehmen im Bereich Inklusion auf dem Arbeitsmarkt auf. Positiv bewertet die Landesvereinigung die gute Etablierung der Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA) in NRW. Damit die Unterstützung zielorientiert erfolgt, hat unternehmer nrw landesweit Gespräche mit EAA-Beratern geführt und über die Bedarfe der Betriebe informiert. Für die Mitgliedsverbände und die Unternehmen hat die Landesvereinigung im Oktober 2024 in einer Online-Veranstaltung den umfangreichen gesetzlichen Rahmen aufgezeigt und die Leistungen verschiedener Institutionen gebündelt vorgestellt.

Prävention und Gesundheitsförderung von Bedeutung

Der Erhalt der Gesundheit ihrer Beschäftigten ist den Betrieben ein wichtiges Anliegen. Das betonte die Landesvereinigung in einer Sachverständigenanhörung im Landtag. Dabei verdeutlichte sie die Aktivitäten der Unternehmen im Bereich des Arbeitsschutzes, der Prävention und der betrieblichen Gesundheitsförderung.

Willkommenskultur bei Behörden etablieren

Neben der Aktivierung von inländischen Potenzialen ist die arbeitsmarktorientierte Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zu sichern. Bei einem Kon-

gress des Integrationsministeriums (MKJFGFI) im Februar 2025 betonte unternehmer nrw-Hauptgeschäftsführer Johannes Pöttering, dass es einer Willkommenskultur in Behörden bedürfe, die unbürokratische Verfahren und schnelle Auskünfte gewährleiste.

#NRWirtschaftSichertFachkräfte setzt Impulse

unternehmer nrw hat die Online-Reihe #NRWirtschaftSichertFachkräfte erfolgreich fortgeführt. Das Ziel bleibt: Förder- und Beratungsangebote aufzeigen, themenorientierte Vernetzung in der Mitgliedschaft schaffen und gute Praxisbeispiele sichtbar machen. So wurden die Themen „Qualifizierung in der Transformation“ und „Beschäftigung von Menschen mit Behinderung“ in kompakten Kurzformaten dargestellt sowie um Best Practices ergänzt.

3 FRAGEN ZUR SACHE

„LAGE AUF DEM ARBEITSMARKT IST NICHT PARADOX“

Trotz steigender Arbeitslosigkeit fehlt es an Arbeits- und Fachkräften. Wie kann das sein?

Fachkräftemangel, Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsaufbau oder -abbau können gleichzeitig auftreten. Dies ist kein Paradox, sondern das Ergebnis eines kontinuierlichen Wandels, beschleunigt durch die ökologische und digitale Transformation. Es gibt immer noch zahlreiche offene Stellen, gerade in Zukunftsbranchen, aber die Arbeitssuchenden bringen häufig nicht die benötigte Qualifikation mit oder sind örtlich nicht flexibel.

Finden Arbeitslose immer noch schnell einen neuen Job?

Die Jobchancen für Fachkräfte sind immer noch gut, auch wenn sich inzwischen die strukturelle Wirt-

schaftskrise am Arbeitsmarkt bemerkbar macht. Wichtig ist vor allem Veränderungsbereitschaft bei arbeitssuchenden Menschen. Ein anderes Unternehmen, sich gänzlich neue Fähigkeiten aneignen oder ein Umzug in eine andere Region – Flexibilität und Anpassungsfähigkeit sind gefragt. Auch Arbeitgeber passen sich an die neue Arbeitswelt an, investieren in Weiterbildung oder arbeiten zusammen, damit Beschäftigte etwa direkt von einem Betrieb in einen anderen wechseln können.

Was muss die Politik tun?

Eine Politik für mehr Wettbewerbsfähigkeit ist gleichzeitig auch die beste Arbeitsmarktpolitik. Denn klar ist: Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird sich eher noch verschärfen. Bis 2030 gehen in Deutschland rund fünf



Foto: unternehmer nrw

Timm Helten-Hildwein
Leiter Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik

Millionen mehr Menschen in Rente, als neu in den Arbeitsmarkt kommen. Daher brauchen wir Fachkräfte aus dem Ausland, inländische Potenziale müssen noch besser genutzt werden und mehr Effizienz von Verwaltungsverfahren durch Digitalisierung. Aus Arbeitslosigkeit darf keine Langzeitarbeitslosigkeit werden. Für all das muss die Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzen.



Neuer Kurs für Europa

- > **Wirtschaftspolitische Kurswechsel erforderlich**
- > **Wettbewerbsfähigkeit des Standorts in den Mittelpunkt rücken**
- > **Energiekosten senken, Bürokratieabbau vorantreiben**



Vorstand in der NRW-Landesvertretung in Brüssel, Februar 2025 Foto: unternehmer nrw

Europa nach der Wahl

2024 war ein entscheidendes Jahr für Europa. Das neue Europäische Parlament ist gewählt. Die Europäische Kommission hat unter Leitung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zügig die Arbeit aufgenommen – ein positives Zeichen vor dem Hintergrund der gewaltigen Herausforderungen. Die Europäische Union muss sich neu aufstellen – sicherheits-, handels- und wirtschaftspolitisch.

Wettbewerbsfähige Unternehmen sind die Basis für ein starkes Europa. Dieses Thema hat der europäische Gesetzgeber in der letzten Amtsperiode massiv vernachlässigt. Mit ersten Vorhaben steuert die neue Europäische Kommission in die

richtige Richtung. Jetzt muss die Kommission den Kurs beibehalten. Den Zielen müssen endlich konkrete Maßnahmen folgen.

Für die NRW-Wirtschaft in Brüssel

Hierfür hat der Vorstand von unternehmer nrw während der Europa-politischen Tagung in Brüssel im Februar 2025 in einer Vielzahl von Gesprächen mit hochrangigen Vertretern der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments sowie der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland der EU geworben.

Europa steht in einem harten internationalen Wettbewerb mit dynamischen

Wirtschaftsräumen wie den USA und China. Nur eine wirtschaftlich starke EU kann Wohlstand, soziale Sicherheit und Stabilität nachhaltig garantieren und zugleich eine Führungsrolle in der Transformation einnehmen. Die EU-Kommission scheint verstanden zu haben, dass die Lage so ernst ist wie nie zuvor. Doch nun braucht es entschlossene Schritte: eine Agenda, die Wettbewerbsfähigkeit stärkt, Innovationen vorantreibt und konkrete Maßnahmen zur Sicherung des Wirtschafts- und Industriestandorts ergreift.

Bezahlbare Energie, klarer Bürokratieabbau

Die Wirtschaft braucht ein deutliches Signal, dass es die Europäische

Kommission diesmal wirklich ernst meint. Trotz unzähliger Mahnungen aus der Wirtschaft hat die EU-Kommission zuletzt die Programmatik des Green Deal fortgesetzt.

Zur langfristigen Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit müssen die unterschiedlichen Standortfaktoren in Angriff genommen werden. Es braucht jetzt Sofortmaßnahmen beim Thema Energie und Bürokratie. Der Clean Industrial Deal muss auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden. Die Mobilisierung von Investitionen, der Ausbau der Infrastruktur, die Bereitstellung wettbewerbsfähiger Energiepreise sowie die gezielte Unterstützung energieintensiver Industrien müssen im Mittelpunkt stehen.

Bei der Regulierung brauchen wir einen neuen Zeitgeist. Dazu gehören die systematische Prüfung bestehender Gesetze auf Wettbewerbsfähigkeit („Omnibus“) – beginnend mit den Berichtspflichten, die sorgfältige Folgenabschätzung sowie das „One-in-one-out-Prinzip“. Die angekündigten Maßnahmen können nur der Auftakt für eine radikale Verringerung der Bürokratielasten sein.

Binnenmarkt vertiefen, Freihandelsdynamik entfachen

Die Weiterentwicklung des europäischen Binnenmarkts muss weiterhin Top-Priorität haben. Es bedarf eines gemeinsamen Aktionsplans der EU-Institutionen mit konkreten Zielsetzungen und Fristen, aufbauend auf den Bericht von Enrico Letta.

Mit Partnern jenseits der Europäischen Union muss die Europäische Kommission die Verhandlung von Freihandelsabkommen zügig vorantreiben und neue Initiativen für Handel und Investitionen starten. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten sollte das positive Momentum für weitere Abkommen genutzt werden.

Vorstandsreise nach Brüssel

Im Februar 2025 reiste eine Delegation des Vorstands von unternehmer nrw nach Brüssel zu Gesprächen mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments sowie der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland der EU. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand die Frage, was Europa tun muss, um die Standortbedingungen für Wirtschaft und Industrie zu verbessern und welche Maßnahmen zum Bürokratieabbau notwendig sind.



Mit Michiel Scheffer, Präsident des Europäischen Innovationsrats



Mit Michael Hager, Kabinettschef im Kabinett des Kommissars für Wirtschaft und Produktivität



Mit den EU-Abgeordneten Alexandra Geese (GRÜNE) und Jens Geier (SPD)



Mit den EU-Abgeordneten Moritz Körner (FDP) und Stefan Berger (CDU)



Mit dem EU-Abgeordneten Dennis Radtke (CDU)



Im EU-Parlament

Fotos: unternehmer nrw



Tarifautonomie unter Druck

- > **Tarifbindung stärken – aber richtig**
- > **Eingriffe in Tarifautonomie müssen unterbleiben**
- > **Bundesverfassungsgericht fällt wichtiges Urteil**



Tarifabschluss für die M+E-Industrie in Nordrhein-Westfalen, Neuss, November 2024 Foto: unternehmer nrw

Die Tarifautonomie bildet einen zentralen Pfeiler der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Als Ausdruck der in Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes verankerten Koalitionsfreiheit gewährleistet sie den Sozialpartnern die Freiheit, flexible und bedarfsgerechte Lösungen für die individuellen Anforderungen einzelner Branchen zu finden.

Tarifbindung seit Jahren rückläufig

Jede tarifliche Regelung ist das Ergebnis eines intensiven Verhandlungsprozesses zwischen Tarifvertragsparteien, der die Balance zwischen den Interessen der Arbeitgeber und der Beschäftigten sicherstellt. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Tarifbindung in Deutschland seit rund

30 Jahren abnimmt. Laut IAB-Betriebspanel für das Jahr 2023 sind in Westdeutschland circa 23 Prozent der Betriebe an Flächentarifverträge gebunden, weitere 2 Prozent an Haustarifverträge. Darüber hinaus geben 41 Prozent der Betriebe an, sich an Branchentarifverträgen zu orientieren, ohne unmittelbar durch eine Mitgliedschaft in einem Tarifträgerverband an diese gebunden zu sein. Die Entscheidung, sich einer Tarifvertragspartei anzuschließen oder nicht, ist von der Koalitionsfreiheit gedeckt.

Mit abnehmender Tarifbindung gerät die Tarifautonomie weiter unter Druck. Dies ruft zunehmend die Politik auf den Plan, die vermeintliche Lücken durch gesetzliche Maßnahmen angehen will. Ein Beispiel ist das 2015 eingeführte Mindestlohngesetz.

Besonders kritisch: der aus dem Bundestagswahlkampf 2021 resultierende Eingriff in die Arbeit der Mindestlohnkommission. Die Mindestlohnkommission ist paritätisch besetzt mit Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern und unterbreitet der Bundesregierung, beraten durch Wissenschaftler, alle zwei Jahre einen Vorschlag zur Anpassung der Höhe des Mindestlohns – orientiert an den Entwicklungen der Tariflöhne in Deutschland. Die gesetzlich garantierte Unabhängigkeit der Kommission ist dabei ein zentraler Pfeiler. Die damals politisch verordnete Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro griff in eine Vielzahl laufender Entgelttarifverträge ein. Die Tarifvertragsparteien betroffener Branchen mussten Anpassungen vornehmen, um das neue Niveau einzuhalten und das gut austarierte

Entgeltgefüge wiederherzustellen. Staatliche Eingriffe und Mindeststandards, die die tarifvertraglichen Regelungen überholen, mindern den Anreiz, sich tarifvertraglich zu binden. Der Nutzen der Mitgliedschaft wird infrage gestellt, wenn der Gesetzgeber ohnehin grundlegende Arbeitsbedingungen regelt.

Einseitige Rufe einer Tarifvertragspartei nach gesetzlichen Maßnahmen, wie es der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im Juli 2024 mit einem Positionspapier zur Aufstellung eines nationalen Aktionsplans im Rahmen der Umsetzung der EU-Mindestlohnrichtlinie getan hat, sollten unterbleiben. Vorschläge wie das Verbot von sogenannten oT-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden oder einer einseitigen Allgemeinverbindlichkeitserklärung zur Überwindung einer fehlenden Tarifbindung auf Arbeitgeberseite lässt aufseiten der Gewerkschaft ein Bekenntnis zur (negativen) Koalitionsfreiheit vermissen.

Öffnungsklauseln – und für Tarifbindung werben

Auch mittelbare Eingriffe in die Tarifautonomie, wie durch Tariftreueregelungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, sind äußerst kritisch. Sie verkomplizieren Vergabeverfahren und bilden zusätzlichen bürokratischen Ballast. Der Gesetzgeber sollte nicht immer mehr Vorgaben machen, sondern mehr Freiheiten für branchenspezifische Sonderwege durch Öffnungsklauseln zulassen. So können die Tarifparteien flexibel und eigenverantwortlich auf die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen ihrer Branchen reagieren. Dies trägt auch dazu bei, faire Arbeitsbedingungen zu schaffen, die sowohl den Arbeitgebern als auch den Beschäftigten zugutekommen und Arbeitsplätze sichern.

Zudem müssen beide Tarifvertragsparteien weiter aktiv für die Tarif-

bindung werben. Dies erfordert gemeinsame Anstrengungen, um die Vorteile und die Wichtigkeit von Tarifverträgen hervorzuheben und so die Tarifautonomie zu stärken. Denn die friedensstiftende Wirkung von Tarifverträgen, um Konflikte zwischen den Arbeitsvertragsparteien zu minimieren, ist von immenser Bedeutung.

Dies schließt ein, dass tarifvertraglich gefundene Kompromisse nicht durch eine arbeitsgerichtliche Anpassung einzelner Regelungen „nach oben“ unterlaufen werden, wie etwa im Fall der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu Nachtarbeitszuschlägen unterschiedlicher Höhe. Einem solchen Vorgehen hat das Bundesverfassungsgericht mit seiner jüngst dazu ergangenen Entscheidung einen Riegel vorgeschoben und die Tarifautonomie erheblich gestärkt. Diesen Appell für die Bedeutung der Tarifautonomie sollte auch der Gesetzgeber zur Kenntnis nehmen.

3 FRAGEN ZUR SACHE

„AUSBILDUNG GEMEINSAMES ANLIEGEN DER TARIFPARTNER“

Welche Entgelterhöhungen ergeben sich durch den letzten M+E-Tarifabschluss?

Der Tarifabschluss für die Metall- und Elektro-Industrie (M+E) vom 14. November 2024 umfasst eine Laufzeit von insgesamt 25 Monaten. Er sieht nach sechs Leermonaten eine Erhöhung der Entgelte der Beschäftigten in zwei Stufen ab April 2025 um 2,0 Prozent sowie ab April 2026 um weitere 3,1 Prozent vor. Beschäftigte erhielten zudem mit der Abrechnung für Februar eine Einmalzahlung in Höhe von 600 Euro.

Für Auszubildende hat man sich davon abweichend auf eine pauschale Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 140 Euro bereits zum 1. Januar 2025 sowie eine prozentuale Erhöhung um 3,1 Prozent ab April 2026 geeinigt.



Anne Wiersberg
Stellvertretende Fachbereichsleiterin Tarif

Welches Thema war in der Tarifrunde noch wichtig?

Für Unternehmen, die in wirtschaftlich schwieriger Situation sind, besteht die Möglichkeit der sogenannten „automatischen Differenzierung“: Die Auszahlung der Sonderzahlung „Transformationsgeld“, welches mit der Abrechnung für Juli zu zahlen

ist, kann demnach zunächst um bis zu neun Monate verschoben und bei Vorliegen einer Nettoumsatzrendite von unter 2,3 Prozent zum neuen Auszahlungszeitpunkt durch einfache Erklärung entfallen lassen werden. Es bedarf keiner Zustimmung der Tarifvertragsparteien der M+E-Industrie; diese müssen lediglich informiert werden.

Wird etwas für die Förderung junger Menschen getan?

Die Ausbildung ist ein gemeinsames Anliegen der M+E-Tarifvertragsparteien in NRW. Daher haben wir mit der IG Metall NRW im Rahmen des Tarifabschlusses die Gründung einer Arbeitsgruppe zur Förderung der Ausbildungsfähigkeit vereinbart. In dieser sollen Maßnahmen entwickelt werden, die die Ausbildungsfähigkeit Jugendlicher fördern und unterstützen.



Arbeits- und Sozialrecht im „Praxistest“

- > **Debatte über Krankschreibungen**
- > **Kurzarbeit und Reorganisationsmaßnahmen nehmen zu**
- > **Hohe Sozialversicherungsbeiträge belasten die Unternehmen**



Geschäftsführerkonferenz zu Besuch beim Bundesarbeitsgericht in Erfurt, September 2024 Foto: unternehmer nrw

Im Arbeits- und Sozialrecht bleibt die Schlagzahl hoch. Die praktische Umsetzung von Gesetzen und gerichtlichen Entscheidungen fordert die Unternehmen sehr und zusätzlich zu ihrer unternehmerischen Tätigkeit. Im Betriebsalltag zeigt sich schnell, wie sich arbeits- und sozialrechtliche Regelungen und Entscheidungen im Praxistest bewähren.

Neue Regeln für die Betriebsrätevergütung

Mit dem „Zweiten Gesetz zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes“ gelten seit dem 25. Juli 2024 neu gefasste Regelungen zur Vergütung von Betriebsratsmitgliedern. Hintergrund war eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs im Jahr 2023: In einer Strafsache gegen

Personalverantwortliche wegen Untreue nach § 266 StGB aufgrund überhöhter Betriebsratsvergütung hatte der BGH Freisprüche aufgehoben. Ergänzende Regelungen in den §§ 37 Abs. 4 und 78 BetrVG sollen den Unternehmen die Rechtsanwendung jetzt erleichtern.

Die vom Gesetzgeber bezweckte Rechtsklarheit ist aufgrund der Verwendung von mehreren unbestimmten Rechtsbegriffen aber noch nicht vollständig erreicht. So wird beispielsweise festgelegt, dass bei Vorliegen eines „sachlichen Grundes“ eine Neubestimmung der Vergleichsgruppe vorzunehmen ist. Unklar bleibt, was unter dem Begriff „sachlicher Grund“ zu verstehen ist. Präzisierungen werden vermutlich erst durch die Rechtsprechung erfolgen. Dies ist eine Herausforderung für die Unter-

nehmen, die die gesetzlichen Regelungen bereits jetzt „mit Leben“ füllen müssen. Bei der Stellenbesetzung mit Betriebsratsmitgliedern und der Festlegung von Vergleichspersonen im Zusammenhang mit Betriebsvereinbarungen schaffen die neuen Regelungen größere Gestaltungsspielräume, was zu einem wichtigen Zugewinn an Rechtssicherheit führt.

Viertes Bürokratieentlastungsgesetz in Kraft

Das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz soll den bürokratischen Aufwand für die Unternehmen spürbar verringern. Dies ist partiell gelungen. So wurde in Teilen des Arbeitsrechts die bisher gesetzlich vorgegebene Schriftform durch die weniger strenge Textform ersetzt. Hierdurch soll

die Digitalisierung von Prozessen erleichtert werden. Gleichwohl sind nicht alle Tücken und Fallstricke gebannt. So erfordern auch Anträge in Textform auf Elternzeit, Pflegezeit und Teilzeit während der Elternzeit ein sorgfältiges Berichtswesen in den Unternehmen, um diese innerhalb der jeweils gesetzlich vorgesehenen Fristen zu prüfen. Überdies sind weitere gesetzliche Maßnahmen zum Bürokratieabbau dringend notwendig. Hierzu zählen insbesondere die Abschaffung des formalen Aufwands bei der arbeitgeberseitigen Verpflichtung zur Anzeige der Massenentlassung, die praxisgerechte Beschränkung der ausgefertigten Unterrichtungspflicht bei Betriebsübergängen sowie die Abschaffung unternehmerischer Berichtspflichten nach dem Lieferkettenorgfaltspflichtengesetz und zur Entgelttransparenz.

Dauerthema: Reform der Mitbestimmung

Die Diskussion zur Reform der Mitbestimmung hält an. Oft enthalten Reformvorschläge weitreichende Forderungen, die tief in die wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit der Unternehmen eingreifen würden. Bereits heute bietet die Betriebsverfassung den Betriebsparteien die Möglichkeit, schwierige Fragen konsensual zu lösen. Vielfach gelingt dies in der betrieblichen Praxis auch. Zugleich dürfen Mitbestimmungstatbestände notwendige Prozesse und Innovationen in den Unternehmen nicht verzögern oder sogar aufhalten. Aktuell betrifft dies insbesondere den Einsatz neuer oder fortentwickelter Software in Betrieben. Hier kommt es mit Blick auf § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG in der Praxis oft zu zeit- und kostenintensiven Prozessen, ohne dass die Beschäftigten und Unternehmen hieraus einen Gewinn ziehen könnten. Aus Sicht von unternehmer nrw ist das Betriebsverfassungsgesetz so fortzuentwickeln, dass Innovationsprozesse beschleunigt werden, ohne schutzwürdige Interessen der Beschäftigten außer Acht zu lassen.



48,6 %

Mögliche Höhe des Gesamtbeitrags zur Sozialversicherung bis zum Jahr 2035 – wenn Reformen ausbleiben.

Quelle: DAK Krankenkasse

Kurzarbeit: Die Zahlen steigen

Kurzarbeit spielt in der betrieblichen Praxis wieder eine größere Rolle. Ende 2024 hat die damalige Bundesregierung von ihrer Verordnungsermächtigung für den Fall außergewöhnlicher Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt Gebrauch gemacht und die Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld von den gesetzlich vorgesehenen zwölf Monaten zum 1. Januar 2025 auf maximal 24 Monate ausgeweitet. Weil diese Maßnahme bis zum 31.12.2025 befristet ist, profitieren Unternehmen, die erst im Jahr 2025 Kurzarbeit einführen, hiervon jedoch nicht. Immerhin zeigte die damalige Bundesregierung durch die Ausweitung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergelds endlich, dass sie die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft anerkennt.

Mehr Maßnahmen zur Reorganisation

Kurzarbeit ist ein sinnvolles und bewährtes Mittel in konjunkturellen Krisen. Aufgrund der großen wirtschaftlichen Herausforderungen und Krisen müssen sich viele Unternehmen, insbesondere im industriellen Bereich, mit Reorganisationsmaßnahmen befassen. Häufig kommt es zu beteiligungspflichtigen Betriebsänderungen, bei denen die Arbeitgeber ihre Betriebsräte unterrichten, mit ihnen beraten und über Interessenausgleiche und Sozialpläne verhandeln müssen. Nicht selten trifft die Unternehmen in diesem Kontext auch eine

Konsultationspflicht gegenüber dem Betriebsrat sowie eine Massenentlassungsanzeigepflicht gegenüber der Agentur für Arbeit. unternehmer nrw unterstützt seine Mitglieder im Umgang mit den hohen rechtlichen Anforderungen. Der arbeitsrechtliche Beratungsaufwand für die Unternehmen und Verbände wird bis zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter hoch bleiben.

Streit über die Corona-Verdienstausschüttung

Im Anschluss an zwei Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 20. März 2024 weisen die nordrhein-westfälischen Landschaftsverbände in großer Zahl die noch anhängigen Anträge der Unternehmen auf Erstattung von vorgeleistetem coronabedingten Verdienstausschüttung ab. Die geänderte Verwaltungspraxis führt bei den betroffenen Unternehmen zu erheblichem Unmut und Vertrauensverlusten. In einem engen Austausch von unternehmer nrw mit dem als Aufsichtsbehörde zuständigen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW hat das Ministerium zugesichert, dass alle ab dem 18. Juli 2024 aufgrund der geänderten BAG-Rechtsprechung erlassenen negativen Bescheide von Amts wegen wieder aufgegriffen und neu zugunsten der Unternehmen entschieden werden, wenn sich durch eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen, des Bundesverwaltungsgerichts oder

Kontroverse über hohen Krankenstand

Ein Krankenstand auf Rekordniveau belastet die Unternehmen in Deutschland. Bei der Frage nach Ursachen ist auch die Ausstellung von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen (AU-Bescheinigung) in die Kritik geraten. Ungerechtfertigte Krankschreibungen kommen zwar selten vor, dürfen jedoch auch nicht begünstigt werden.

Seit Dezember 2023 kann die Feststellung der Arbeitsunfähigkeit nach Maßgabe der Arbeitsunfähigkeits-Richtlinie bei Versicherten wieder mittels telefonischer Anamnese erfolgen. Bereits im Jahr 2020 war die Option während der Corona-Pandemie vorübergehend eingeführt worden. Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts hat eine ärztliche AU-Bescheinigung einen hohen Beweiswert, der nur durch begründete Zweifel erschüttert werden kann.

Ist die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung telefonisch ausgestellt worden, soll diese also den gleichen Beweiswert wie eine im Rahmen einer per-

sönlichen Untersuchung ergangene AU-Bescheinigung haben. Aus Sicht der Arbeitgeber trägt nur ein möglichst unmittelbarer Arzt-Patienten-Kontakt, mindestens im Rahmen einer Videosprechstunde, dem hohen Beweiswert von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen angemessen Rechnung. Daher fordert der Verband weiterhin die Abschaffung der telefonischen Krankschreibung.

Online-Krankschreibung nicht akzeptabel

Nicht akzeptabel sind zudem Online-Angebote, die ganz ohne ärztlichen Kontakt allein auf Basis von Online-Fragebögen unrechtmäßige „AU-Bescheinigungen“ gegen Entgelt veräußern. Mit zahlreichen Informationen an seine Mitglieder hat unternehmer nrw auf diese Problematik aufmerksam gemacht und Hinweise gegeben, wie Personalverantwortliche solche „AU-Bescheinigungen“ leichter erkennen können.

durch eine rückwirkende Gesetzesänderung eine günstigere Rechtslage ergibt.

Bei dem Gang durch die gerichtlichen Instanzen unterstützt unternehmer nrw die betroffenen Unternehmen und Verbände mit Informationen, Meinungsaustauschen und Argumenten. Hierbei vertritt unternehmer nrw die klare Auffassung, dass die Korrektur der Rechtslage in dieser grundsätzlichen Frage nicht allein den betroffenen Unternehmen obliegen darf. Deshalb wirbt unternehmer nrw zusammen mit seinen Dach- und Schwesterverbänden dringend für eine Regelung auf Bundesebene, die bei pandemiebedingten Arbeitsausfällen den Vorrang der Erstattung nach dem Infektionsschutzgesetz vor etwaigen Entgeltfortzahlungsansprüchen gewährleistet.

Sozialversicherungsbeiträge deutlich über 40-Prozent-Grenze

Die Unternehmen blicken mit großer Sorge auf den ungeminderten Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge. Die Belastung des Standorts Deutschland ist auch im internationalen Vergleich sehr hoch. Bereits seit dem Jahr 2023 wird die beschäftigungspolitisch wichtige 40-Prozent-Grenze bei den Sozialversicherungsbeiträgen deutlich überschritten. Die demografische Entwicklung und die seit vielen Jahren fehlenden Strukturreformen verschlechtern das Verhältnis von Beitragseinnahmen und Leistungsausgaben in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. In den nächsten Jahren werden diese Beiträge und somit die Lohnzusatzkostenbelastung noch weiter steigen. Daher braucht es dringend tiefgreifende Strukturreformen und ihre entschlossene Umsetzung.

Rente und Hinzuverdienst erleichtert

Zur Bekämpfung des Arbeits- und Fachkräftemangels ist bereits 2023

KRANKENSTAND AUF HOHEM NIVEAU

DURCHSCHNITTLICHE KRANKHEITSTAGE JE BESCHÄFTIGTES MITGLIED DER BETRIEBSKRANKENKASSEN



Einschließlich Reha und Arbeitsunfälle; Kalendertage mit ärztlichem Attest; ab 2016 wegen neuer Methodik nur bedingt mit früheren Werten vergleichbar
Quelle: BKK-Gesundheitsreport

die Hinzuverdienstgrenze für alle gesetzlichen Altersrenten entfallen, die vor Erreichen der Regelaltersrente bezogen werden. Lediglich für die volle und die teilweise Erwerbsminderungsrente sind (erhöhte) Hinzuverdienstgrenzen zu beachten. Die erweiterten Hinzuverdienstmöglichkeiten führen zu neuen arbeits- und sozialrechtlichen Fragestellungen, zu denen unternehmer nrw einen stetigen Beratungsbedarf verzeichnet.

Arbeitserprobung bei der Erwerbsminderungsrente

Beratungsbedarf besteht auch bei der Frage, wie Unternehmen eine Arbeitserprobung bei erwerbsgeminderten Beschäftigten vertraglich am besten gestalten. Seit Januar 2024 besteht für Bezieher einer Erwerbsminderungsrente die Möglichkeit, eine Erwerbstätigkeit oberhalb des bisher festgestellten Leistungsver-

mögens zu erproben. Während dieser Arbeitserprobung besteht für einen Zeitraum von regelmäßig sechs Monaten ab Beginn der Ausübung weiterhin Anspruch auf die gewährte Rente. Der Rückkehrversuch in die Erwerbstätigkeit kann damit ohne das Risiko des Verlusts der Erwerbsminderungsrente unternommen werden.

„Herrenberg-Urteil“: Rechtsunsicherheiten bleiben bestehen

Mit dem sogenannten „Herrenberg-Urteil“ vom 28. Juni 2022 hat das Bundessozialgericht (BSG) große Unsicherheit bei Bildungsträgern mit Honorarprofessoren ausgelöst. Das BSG hatte sich im Fall einer Musikschullehrerin mit der Abgrenzung einer selbstständigen unternehmerischen Tätigkeit von einer sozialversicherungspflichtigen abhängigen Beschäftigung befasst. Die hierzu gemachten

Ausführungen des BSG führen zusammen mit ihrer Umsetzung durch die Deutsche Rentenversicherung seit 2024 bei den Bildungsträgern zu massiven Rechtsunsicherheiten und drohenden Angebotsrückgängen potenzieller Dozenten.

Das Bundesarbeitsministerium erörtert die Problematik in sogenannten Fachgesprächen. Bis zum Redaktionsschluss liegt als Zwischenergebnis dieser Fachgespräche nur eine Übergangsregelung vor, die zumindest bis zum 31. Dezember 2026 eine gewisse Planungs- und Rechtssicherheit schafft. Sollte sich die kritisierte Prüfpraxis dauerhaft durchsetzen, wäre dies für die betriebliche Weiterbildung hochproblematisch. unternehmer nrw betont die große Bedeutung einer langfristigen Lösung, die Bildungsangebote im Bedarfsfall auch auf Basis einer selbstständigen Dozententätigkeit rechtssicher und praxisgerecht ermöglichen muss.

3 FRAGEN ZUR SACHE

„UNGERECHTFERTIGTE KRANKSCHREIBUNGEN BELASTEN DIE UNTERNEHMEN“



Foto: unternehmer nrw

Dr. Axel Borchard
Leiter Fachbereich Recht

Die Ausstellung von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen steht in der Kritik. Wo liegt das Problem?

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird allein von den Arbeitgebern finanziert. Im Jahr 2023 haben die Arbeitgeber hierfür rund 77 Milliarden Euro aufgewendet. Diese Kosten haben sich in nur 14 Jahren verdoppelt.

Klar ist: Wer krank ist, ist krank. Es muss aber auch sichergestellt werden, dass sich die Arbeitgeber auf die ärztlichen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen verlassen können.

Warum kritisieren Sie die seit Ende 2023 wieder mögliche Krankschreibung per Telefon – und nehmen Sie hierfür übervolle Wartezimmer in Kauf?

Die Krankschreibung per Telefon war eine Sonderregelung in der Corona-Pandemie. Außerhalb pandemischer Zeiten ist die telefonische Anamnese nicht akzeptabel, weil sie den Arzt-Patienten-Kontakt nicht ausreichend sicherstellt. Zur Vermeidung voller Wartezimmer gibt es die – sogar vorrangige – Möglichkeit, eine Videosprechstunde durchzuführen. Das

ist aus Sicht der Arbeitgeber immer noch nicht ideal, aber schon der bessere Kompromiss.

Was halten Sie von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen, die nur auf Basis eines Online-Fragebogens erstellt wurden?

Solche Angebote müssen unterbunden werden. Eine Krankschreibung ohne Arztgespräch ist kein zulässiger Weg zum Nachweis der Arbeitsunfähigkeit und deshalb auch für die Beschäftigten sehr riskant. Die Ärztekammern haben das Problem ebenfalls im Blick, denn häufig sind die ausstellenden Personen dort kein Mitglied. Und wer nicht Mitglied der zuständigen Ärztekammer ist, darf den Arztberuf in Deutschland nicht ausüben.



Kommunikation für die NRW-Wirtschaft

- > Sorgen um den Wirtschafts- und Industriestandort NRW
- > Energiepreise und Wettbewerbsfähigkeit beherrschende Themen
- > Landespolitische Halbzeitbilanz und Bundestagswahl im Fokus



Präsident Kirchoff auf dem Wirtschaftswarntag in Berlin, Januar 2025 Foto: INSM

Rahmenbedingungen für Betriebe verbessern

Die Sorge um die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Industriestandorts Nordrhein-Westfalen steht weiterhin im Fokus der Verbandskommunikation von unternehmer nrw. Regelmäßig beteiligen sich Vertreter des Verbands in den Medien an der wirtschafts- und sozialpolitischen Debatte und mahnen immer wieder Verbesserungen der Standortbedingungen für die Unternehmen an.

In einem Gastbeitrag für die Rheinische Post Anfang Juni 2024 – wenige Tage vor der Europawahl – betont NRW-Unternehmerpräsident Arndt G. Kirchoff die Bedeutung der EU und der anstehenden Wahlen. „Die Frage ist, ob die Erfolgsgeschichte von

mehr als sieben Jahrzehnten Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fortgesetzt werden kann. Es geht auch darum, ob die EU als beispielloses Wohlstandsprojekt eine gute Zukunft hat.“ Für Nordrhein-Westfalen stehe besonders viel auf dem Spiel, die Verbindungen zu Europa seien eng. Doch auch die Bundesregierung müsse mehr tun, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu sichern.

Bundesfinanzminister Lindner Gast beim Unternehmertag NRW

Zum Unternehmertag Nordrhein-Westfalen am 6. Juni begrüßt Kirchoff Bundesfinanzminister Christian Lindner in Düsseldorf. Das Medienin-

teresse ist enorm. Schwerpunkt-Themen sind die anstehende Europawahl und die Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Kirchoff geht mit der Ampel-Politik hart ins Gericht: Zwar habe die Ampel vieles angekündigt, „tatsächlich umgesetzt wurde aber nur wenig. Die vergangenen zwölf Monate können völlig zu Recht als verlorenes Jahr bezeichnet werden.“ Doch auch in der anschließenden Diskussion, moderiert vom Chefredakteur der Rheinischen Post, Moritz Döbler, überwiegt die Skepsis an der Zukunftsfähigkeit der Ampel-Regierung. Anderntags berichten unter anderem die FAZ und die WAZ von der Veranstaltung.

Im Juli legt die Ampel-Regierung vorerst den Streit um den gemeinsamen Haushalt bei. In diesem Zusammenhang kündigt sie Verschärfungen für

Bürgergeld-Bezieher an. Aus Sicht der Wirtschaft ein guter Schritt. „Es ist ein völlig richtiges Signal, dass die Ampel einige Fehlanreize beim Bürgergeld korrigiert hat. Das ist nicht nur eine Frage der Fairness und der Leistungsgerechtigkeit, sondern auch der gesellschaftlichen Akzeptanz unseres Sozialstaats“, sagt Hauptgeschäftsführer Johannes Pöttering der Rheinischen Post.

Im August äußert sich Arbeitsmarktexperte Timm Helten-Hildwein in der Neuen Westfälischen zum anhaltenden Fachkräftemangel. Er appelliert an Bewerber, auch Stellen an entfernter gelegenen Orten in Erwägung zu ziehen oder gegebenenfalls auch die finanziellen Vorstellungen anzupassen.

Reformunwillen der Ampel kritisiert

In einem Interview mit dem Berliner Tagesspiegel Anfang September zeigt sich NRW-Unternehmerpräsident Kirchhoff enttäuscht über den Reformunwillen der Ampel. „Da bald der Bundestagswahlkampf beginnt, erwarte ich auch nicht mehr viel von

der Bundesregierung.“ Insbesondere die Lähmung durch bürokratische Hürden ist ihm ein Dorn im Auge: „Es werden noch immer zu viele Schleifen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren gedreht, bevor ein Windrad, eine Brücke oder auch nur ein Haus genehmigt ist. Das nervt alle.“

Als im September die Debatte um die telefonische Krankschreibung losbricht, äußert sich Hauptgeschäftsführer Johannes Pöttering in der WAZ. Außerhalb von pandemischen Zeiten sei die telefonische Feststellung von Krankheiten ungeeignet. Dem hohen Beweiswert einer ordnungsgemäß festgestellten Arbeitsunfähigkeit könne nur eine persönliche ärztliche Untersuchung gerecht werden. Das sei am Telefon nicht gewährleistet.

Die steigenden Beiträge in der Pflegeversicherung sind im Oktober Gegenstand eines Aufmachers im Kölner Stadt-Anzeiger. „Mit einer erneuten Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung würden die Finanzierungsprobleme der Sozialversicherungen ein weiteres Mal den Beitragszahlern aufgebürdet“, warnt Hauptgeschäftsführer Johan-

nes Pöttering. Es sei zu befürchten, dass sich die Soziallasten angesichts drohender Beitragserhöhungen in der gesetzlichen Krankenversicherung und der Mehrkosten durch das geplante Rentenpaket II „zu einem der gravierendsten Standortnachteile Deutschlands entwickeln“.

Forderungspapier zur Landespolitik

Mitte Oktober legt die Landesvereinigung dann ein Forderungspapier für die zweite Hälfte der Legislaturperiode in NRW vor. Vor der Landespressekonferenz in Düsseldorf betont Präsident Arndt Kirchhoff: „In der zweiten Halbzeit muss die Landesregierung noch mehr Zug zum Tor entwickeln.“ Grundsätzlich bescheinigen die nordrhein-westfälischen Unternehmer der Landesregierung eine „problembewusste und lösungsorientierte Arbeit“, jedoch sei die Lage der nordrhein-westfälischen Wirtschaft außerordentlich ernst und fordere noch entschiedeneres Handeln. In diesem Zusammenhang warnte Kirchhoff die Landesregierung vor neuen Belastungen für die Wirtschaft. Der Termin findet landes-



„Hoffnungsschock wagen“ – NRW-Wachstumsagenda 2032

Der Zustand der Verkehrsinfrastruktur bremst Wirtschaft und Mobilität gleichermaßen. Unternehmen sind darauf angewiesen, dass Lieferketten reibungslos funktionieren und Pendler verlässlich zur Arbeit gelangen. Hier braucht es keine leeren Versprechen, sondern konkrete Investitionen. NRW muss verfügbare Bundesmittel konsequent abrufen und den Ausbau von Straßen, Schienen und Wasserwegen beschleunigen. Jeder Euro, der in die Infrastruktur fließt, ist ein Euro, der die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts stärkt.

Aus: „Klartext im Westen“
vom 17. Dezember 2024
www.wirtschaftsblog.nrw



Henning Höne Mdl
Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion
NRW und Vorsitzender des
FDP-Landesverbands NRW

Video-Kampagne zur Bundestagswahl 2025

Im Vorfeld der Bundestagswahl am 23. Februar äußerten elf Unternehmerinnen und Unternehmer aus unterschiedlichen Branchen und Regionen in kurzen Video-Statements ihre Erwartungen an die zukünftige Bundespolitik. Die Videos wurden über die sozialen Netzwerke von unternehmer nrw verbreitet. Zudem gab es Blog-Beiträge. Auch im NRW-Wirtschaftsblog „Klartext im Westen“ schrieben zahlreiche Unternehmensvertreter über ihre Forderungen an die Bundespolitik. Die Kampagne wird von den Mitgliedsverbänden in NRW unterstützt.



Quellen: Unternehmerverband Duisburg, unternehmer nrw

weit Berücksichtigung – darunter in der WAZ, der Rheinischen Post, der Neuen Westfälischen und in der Berichterstattung des WDR.

Trump, Ampel-Aus: Wirtschaftspolitik braucht Kurswechsel

Am 6. November überschlugen sich dann die Ereignisse: Donald Trump wird mit deutlichem Vorsprung zum neuen Präsidenten der USA gewählt und kündigt sofort verschiedene Strafzölle für EU-Produkte an. Präsident Kirchhoff wird zu den möglichen Auswirkungen auf die NRW-Industrie befragt. „Wir sollten uns dringend davor wappnen, dass ein protektionistisch denkender US-Präsident Donald Trump versuchen wird, die Spielregeln der globalisierten Welt erneut mit einer America-First-Politik zu verändern“, sagt er unter anderem der Rheinischen Post, der WAZ und der BILD-Zeitung.

Nur wenige Stunden später zerbricht in Berlin die Ampel-Koalition. In einem Statement kritisiert Präsident Kirchhoff Bundeskanzler Scholz, der „die strukturelle Krise des Wirtschaftsstandorts Deutschland konsequent kleingeredet hat“. Vor diesem Hintergrund sei der aktuelle wirtschaftspolitische Vorstoß Christian Lindners richtig und wichtig gewesen. „Wir brauchen einen tiefgreifenden wirtschaftspolitischen Kurswechsel“, wird Kirchhoff unter anderem im Westfälischen Anzeiger und in der Westdeutschen Zeitung zitiert.

Ende November lädt unternehmer nrw gemeinsam mit dem Bauindustrieverband NRW zu einem Infrastrukturkongress mit Vertretern aus Landespolitik, Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf ein, den WAZ-Wirtschaftschef Stefan Schulte moderiert. Die NeueWestfälische in Bielefeld widmet dem Thema fast eine ganze Seite, der WDR berichtet auf seiner Welle WDR 5: „Wir sagen immer, es geht zu langsam, aber es wird nichts gemacht. Wir planen unheimlich viel und entscheiden gar

nichts.“ Es sei nötig, „völlig neu zu denken“, um strukturelle Probleme der Industrie zu beheben, erklärt Präsident Kirchhoff.

Vorfahrt für Wirtschaft und Arbeit

Die sich zunehmend verschlechternde Lage auf dem Arbeitsmarkt gerät zunehmend in den Fokus. Der Rheinischen Post sagt Hauptgeschäftsführer Pöttering im November, Fehlanreize in der Arbeitsmarktpolitik hielten Arbeitslose davon ab, eine Beschäftigung aufzunehmen. Mit dem zu hohen Bürgergeld werde das Sozialstaatsprinzip des Förderns und Forderns infrage gestellt. Und auf der gemeinsamen Jahrespressekonferenz von unternehmer nrw, DGB NRW und der Regionaldirektion für Arbeit NRW im Dezember betont Präsident Kirchhoff, die Wirtschaftskrise komme inzwischen auch auf dem Arbeitsmarkt an. Mit Blick auf die vorgezogene Bundestagswahl sagt er: „Vorrang für Wirtschaft und Arbeit! Alles tun, was Wirtschaft stärkt, alles lassen, was sie schwächt!“, berichten unter anderem dpa und Kölner Stadt-Anzeiger.

Ebenfalls im Dezember ist Kirchhoff zu Gast im ARD-Morgenmagazin (MOMA). Das Thema: Automobilzulieferer in der Krise. Kirchhoff erklärt, nicht die Unternehmen, sondern der Industriestandort Deutschland gerate immer mehr ins Hintertreffen, und mahnt ein weiteres Mal tiefgreifende Verbesserungen der Investitionsbedingungen in Deutschland an.

Im traditionellen Jahreswechsel-Interview mit der Westfalenpost formuliert Kirchhoff seine Erwartungen an eine neue Bundesregierung: „Eines muss wieder in die Köpfe: Der Staat sollte in unserer Sozialen Marktwirtschaft Schiedsrichter sein, aber nicht selbst auf dem Spielfeld stehen und das Spiel bestimmen wollen.“

Als die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Ende Januar den

Impuls zur Stärkung der Industrie



Am 13. März empfängt Ministerpräsident Hendrik Wüst Unternehmerpräsident Kirchhoff und weitere Vertreter der nordrhein-westfälischen Industrie in der Staatskanzlei. Dabei werden zentrale wirtschaftliche Herausforderungen diskutiert und gemeinsame Erwartungen an die künftige Bundesregierung hinsichtlich der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Industrie formuliert. Bei der anschließenden Pressekonferenz betont Kirchhoff: „Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und die Sicherung der Wertschöpfungsketten müssen jetzt höchste Priorität haben. Gerade für Nordrhein-Westfalen mit unseren vielen Grundstoffindustrien und unserem industriellen Mittelstand steht viel auf dem Spiel. Eine starke Industrie ist die unverzichtbare Grundlage für Wohlstand, Arbeitsplätze und nicht zuletzt auch für zukunftsfähige Sozialsysteme.“

bundesweiten Wirtschaftswarntag ausruft, gehört Präsident Kirchhoff zu den Rednern auf der zentralen Kundgebung am Brandenburger Tor. „Deutschland steht vor einer wirtschaftspolitischen Richtungswahl“, erklärt er.

Kurz vor der Bundestagswahl trifft sich Hauptgeschäftsführer Pöttering Mitte Februar zu einem Interview zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik mit RP-Wirtschaftschefin Antje Höning. Darin fordert er das Aus für die telefonische Krankschreibung sowie Boni für Mitarbeiter mit wenigen Fehltagen und mahnt überdies eine Rentenreform an.

Einen Tag später ist NRW-Unternehmerpräsident Kirchhoff zu einem Redaktionsbesuch bei der Neuen Westfälischen eingeladen. Erneut thematisiert er das massive Wettbewerbsfähigkeitsproblem deutscher Standorte, Monat für Monat fielen 10.000 Industriearbeitsplätze weg. Von einer neuen Bundesregierung erwarte er einen schnellen Stimmungsumschwung.

Es geht um den heimischen Industriestandort

Anderthalb Wochen nach der Bundestagswahl lädt Kirchhoff zum traditionellen Aschermittwochs-Pressegespräch in die Düsseldorfer Verbandszentrale ein. Kirchhoff legt ein wirtschaftspolitisches Papier mit Forderungen der NRW-Wirtschaft an eine neue Bundesregierung vor. Am nächsten Tag berichten BILD Online und Handelsblatt online sowie nahezu alle Medien in NRW über den Presseauftritt. Der Tenor: Die Wirtschaft in NRW steht hinter den Plänen von CDU und SPD für hohe Sondervermögen für Verteidigung und Infrastruktur, mahnt aber vor allem Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit an. Besonders im Fokus: Digitalisierung, Energiepreise und Energiesicherheit. „Wird die Frage einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung jetzt nicht verlässlich gelöst, werden Deutschland und insbesondere Nordrhein-Westfalen schon bald kein Industrieland mehr sein“, wird Kirchhoff etwa in der Neuen Westfälischen zitiert.



Im Interview mit RTL West



Beim Aschermittwochs-Pressgespräch



Im Interview mit WDR 5



Im ARD-Morgenmagazin



Auf dem Summit Umweltwirtschaft NRW



In der Landespressekonferenz zur Halbzeitbilanz Landesregierung



Beim Redaktionsbesuch bei der Neuen Westfälischen



Im Interview mit der Rheinischen Post



Aschermittwochs-Pressgespräch



Unternehmerpräsident Kirchhoff „Ich erwarte nichts mehr von der Ampel“

Tagesspiegel, 9. September 2024



„Nur aus einer Position der Stärke werden wir Donald Trump auf Augenhöhe begegnen und unsere Interessen wahren können“

Arndt Kirchhoff, Präsident von Unternehmer NRW

Kölnischer Stadt-Anzeiger, 22. Januar 2025

NRW-Wirtschaft fordert Reformen

Der Unternehmerverband betrachtet die Pläne von SPD und Union zur Schuldeneraufnahme mit gemischten Gefühlen – und benennt das „größte Versäumnis“ der gescheiterten Ampel.



Ingo Kaltschek

Düsseldorf. Die geplanten Milliardenpakete von Union und SPD lassen die Unternehmer in NRW mit einiger Sorge zurück. Zwar sei es richtig, die Verteidigungsausgaben „vor die Klammer“ zu ziehen, also nicht nur aus dem Staatshaushalt zahlen zu wollen, sagte Unternehmerpräsident Arndt Kirchhoff in Düsseldorf. Allerdings müsse im Haushalt dennoch „geputzt und priorisiert“ werden. Für die Unternehmerpräsidenten in NRW einmütig. Das geplante Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro dürfe jetzt kein „Anspruchsschilder Blankoscheck“ sein.

Unternehmer fordern

Neue Westfälische, 6. März 2025

INTERVIEW JOHANNES PÖTTERING

„Wir müssen die Krankenstände senken“

Der Chef der Unternehmensverbände fordert das Aus der telefonischen Krankenschreibung. Er regt Bonn an für die, die wenig Fehltag haben und sagt, welche Rentenreform nötig ist.



Rheinische Post, 14. Februar 2025

US-Strafzölle: Sorgen auch in der NRW-Industrie

Berlin/Essex/Washington. Der designierte US-Präsident Donald Trump hat mit seiner Ankündigung hoher Zölle für Waren aus Mexiko, Kanada und Brasilien die



LARS HEIDKRANTZ

wenn die USA die Zölle auf chinesischen Stahl anheben, so dass dieser vermehrt auf den europäischen

WAZ, 28. November 2024

CEO.Quote

CEO.TABLE QUOTE

„Ich halte nichts davon, wieder neue Topfe auf den Herd zu stellen und sie wieder einmal mit zusätzlicher Bürokratie und neuen Antragsformularen auszufüllen. Mir wäre es viel lieber, wenn die Politik Unternehmerinnen und Unternehmer wieder mehr Freiheit geben würde, um hierzulande wirtschaftlich erfolgreich zu sein.“



Arndt G. Kirchhoff, Unternehmerpräsident von NRW zu Investitionsfonds

Table Media, 11. Februar 2025



„Die Beitragslast entwickelt sich zu einem der gravierendsten Standortnachteile Deutschlands“

Johannes Pöttering, Unternehmer NRW

Kölnischer Stadt-Anzeiger, 7. Oktober 2024

Krise: 20 Prozent der Produktion verloren

Im Sauer- und Siegerland ist die Arbeitslosigkeit 2024 besonders stark gestiegen. Kritik an Politik in Bund und Land



Arndt Kirchhoff

Wir sind schlicht zu teuer geworden und haben seit Beginn der Rezession im Jahr 2018 bereits 20 Prozent unserer Industrieproduktion am Standort Deutschland verloren. Das ist ein Problem.

Westfalenpost, 6. Dezember 2024

Milliardpaket: Sorge und Verzicht in NRW

Das Berliner Sondierungsergebnis von Union und SPD ruft im Land ein geteiltes Echo hervor



Tobias Blom

Das darf jetzt kein finanzpolitischer Blankoscheck sein.

Arndt Kirchhoff, Präsident von Unternehmer NRW

WAZ, 5. März 2025

NRW begrüßt Bürgergeld-Sanktionen

Die Ampel verschärft die Regeln. Arbeitsminister Laumann hält das für überfällig und fordert ein härteres Vorgehen beim Schonvermögen. Handwerk und Industrie hoffen auf schnelle Umsetzung. Gewerkschaften sind entsetzt.

Rheinische Post, 9. Juli 2024

NRW-Wirtschaft: Die Lage ist ernst

Unternehmerverbände warnen vor De-Industrialisierung, Kohleausstieg 2030 in Gefahr



Matthias Korfmann

Düsseldorf. Der Präsident des Dachverbandes der Unternehmensverbände in NRW, Arndt G. Kirchhoff, erwartet von der schwarz-grünen Landesregierung in der zweiten Hälfte ihrer Regierungszeit mehr Engagement für die leidende Wirtschaft. Eindringlich warnte er vor einem möglichen Scheitern des geplanten Braunkohle-Ausstiegs bis 2030.

WAZ, 18. Oktober 2024



Gerade die SPD weiß um die Bedeutung einer wettbewerbsfähigen Industrie auch für einen leistungs- und zukunftsfähigen Sozialstaat.

Arndt Kirchhoff
Präsident der Unternehmer NRW

Handelsblatt, 25. Februar 2025

„Wir verlieren 10.000 Beschäftigte pro Monat“

NRW-Unternehmerpräsident Arndt Kirchhoff sorgt sich um die Industrie. Er fordert neue Handelsbeziehungen zu China und den USA – erst recht in diesen Zeiten. Die EU-Wirtschaftspolitik bezeichnet Kirchhoff als Planwirtschaft.

Neue Westfälische, 17. Februar 2025

MINT SCHULE NRW



Mit Future Skills die Transformation gestalten

- > Zukunftskompetenzen – Schlüssel der beruflichen Bildung
- > MINT und KI im Fokus
- > Neues Projekt ZenaB gestartet



MINT-Feierstunde im AI Village, Juli 2024 Foto: Meyer

„Wanted“: Future Skills in Schule und Wirtschaft

Um die Transformation zukunftsorientiert gestalten zu können, bedarf es besonderer Kompetenzen beziehungsweise „Skills“. Daher begreift das Bildungswerk der Nordrhein-Westfälischen Wirtschaft e.V. (BWNRW) die sogenannten Future Skills als eine inhaltliche Klammer und als Handlungsrahmen für alle Bildungsangebote in allen Kompetenzfeldern.

Future Skills umfassen sowohl grundlegende persönliche, soziale und methodische als auch digitale, technologische und IT-Kompetenzen. Diese spielen in Schule und Wirtschaft eine zunehmend wichtige Rolle. Betriebliche Weiterbildung stärkt Zukunfts-

kompetenzen und fördert innovative Lösungen.

Das Team von SCHULEWIRTSCHAFT NRW arbeitet mit dem „Future Skills Framework“ als Orientierungsrahmen für seine Bildungsaktivitäten. Dieses benennt Kompetenzen, die den Menschen helfen, sich in einer Welt der zunehmenden Unsicherheit, Komplexität und Mehrdeutigkeit zurechtzufinden.

Future Skills sind von elementarer Bedeutung für die Gestaltung der Lebens- und Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts. Nicht nur die technologischen und digitalen Kompetenzen sollten hierbei in den Blick genommen werden, sondern ebenso die klassischen und transformativen Kompetenzen. Im Kern geht es um die Fähigkeit zum positiven und sys-

temischen Denken sowie um analoges und digitales kollaboratives Handeln in Schule, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.

MINT-Tag NRW: Die ganze Vielfalt von MINT

Das Netzwerktreffen für 200 Lehrkräfte aus den Netzwerken MINT SCHULE NRW und MINT-EC NRW inspirierte auch im Jahr 2024 wieder mit zahlreichen MI(N)T-Mach-Angeboten: von Urban Gardening, regionalen Themenclustern zur Molekularbiologie oder Maker-Spaces mit tollen MINT-Ideen in der ökonomischen Bildung und Berufsorientierung bis hin zu konkreten Beispielen für KI in der Schule. Die Justus-von-Liebig-Sekundarschule in Duisburg stellte ihre Aula, die Turnhalle sowie



Netzwerktreffen für Lehrkräfte aus dem Bereich MINT: Der MINT-Tag NRW

Räumlichkeiten für elf Workshops und einen MINT-Marktplatz zur Verfügung. Dabei zeigte sie auch, wie gut MINT und Vielfalt im Schulalltag zusammenpassen.

Neue Schulen im Netzwerk MINT SCHULE NRW

Das AI Village in Hürth war in diesem Jahr Gastgeber für die Feierstunde MINT SCHULE NRW. Dort wurden drei Schulen neu in das Netzwerk aufgenommen, 24 Schulen nahmen ihre Urkunde zur erfolgreichen Rezertifizierung entgegen. Guido Opheys, Leiter des MINT-Referats im Schulministerium von Nordrhein-Westfalen, und Holger Bentler, Vorsitzender des BWNRW, überreichten die Plaketten und Urkunden. Ein umfangreiches Rahmenprogramm mit verschiedenen KI-Anwendungen rundete die Veranstaltung ab.

SCHULEWIRTSCHAFT: KI, Kooperation, Innovation in (Aus-)Bildung

Unter dem Titel „KI, Kooperation und Innovation in (Aus-)Bildung – Wie wir den Übergang Schule-Beruf stärken können“ hatte das Team von SCHULEWIRTSCHAFT NRW im Dezember 2024 zur Jahrestagung eingeladen. Begrüßt wurden die Gäste durch den stellvertretenden Vorsitzenden des BWNRW, Ralf Rademann. Im Fokus standen unter anderem die Fragen: Welche Chancen bietet der Einsatz von künstlicher Intelligenz im Unterricht? Inwiefern bereitet der Einsatz digitaler Tools in der Schule auf die Arbeitswelt vor? Welche Rolle spielt die Kooperation zwischen Schulen, Betrieben, EdTech-Unternehmen und Hochschulen für die zeitgemäße Rekrutierung und Ausbildung von Jugendlichen?



Begrüßung bei der Feierstunde MINT SCHULE NRW

NETZWERK Q 4.0: Impulse für die Zukunft der Ausbildung

Das NETZWERK Q 4.0, ein Projekt des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) und der Bildungswerke der Wirtschaft, konzentriert sich auf die Qualifizierung des Berufsbildungspersonals im digitalen Wandel. Nach fünf Jahren hat es sich – gefördert durch das BMBF – als Marke etabliert. Im September 2024 präsentierte sich das NETZWERK Q 4.0 NRW auf der Messe GaLaBau 2024. In einer Podiumsdiskussion wurden Digitalisierung und moderne Ausbildung als Schlüsselthemen zur Ansprache der Generation Z diskutiert.



Podiumsdiskussion des NETZWERK Q 4.0 auf der Messe GaLaBau 2024

SCHULEWIRTSCHAFT und NETZWERK Q 4.0 bieten „digitales MINT-Portfolio“

2024 wurden Ausbildungskontakte und Know-how aus dem NETZWERK Q 4.0 mit Schulkontakten und Know-how von SCHULEWIRTSCHAFT NRW zusammengeführt, um den Übergang von der Schule in die Lebens- und Arbeitswelt mit der Entwicklung eines Portfolios für Schülerinnen und Schüler zukunftsfähig zu gestalten. Schlüsselement war die Zusammenarbeit von Ausbildungsverantwortlichen aus Unternehmen und Lehrkräften aus den MINT SCHULEN NRW. Das digitale Portfolio „MINT mit PEP“ ermöglicht Kindern und Jugendlichen der Se-

kundarstufe I eine Dokumentation der persönlichen MINT-Talente und Praxiserfahrungen. Es liefert zudem eine aussagekräftige Ergänzung für die Bewerbung um eine Ausbildung.

JUNIOR: Deutschlands beste Schülerfirma kommt aus Wuppertal

Im Mai 2024 fand der Landesentscheid des Schülerfirmen-Wettbewerbs JUNIOR statt. Gewinner waren „blockbaytoys“ vom Gymnasium Bayreuther Straße aus Wuppertal. Das Team war mit einem nachhaltig produzierten Schachspiel und Spielfiguren aus dem 3D-Drucker angetreten. Das Team von „Europi“ vom Kopernikus-Gymnasium aus Rheine überzeugte mit seinem Europa-Kartenspiel. Beide Schülerfirmen vertraten NRW beim Bundeswettbewerb in Frankfurt. Dort errang das Team aus Wuppertal den ersten Platz. Als Bundessieger trat „blockbaytoys“ beim europaweiten Wettbewerb in Catania (Sizilien) an und wurde dort mit dem „PMIEF Best Application of Project Management Award“ ausgezeichnet. JUNIOR wird in NRW vom Wirtschaftsministerium und zahlreichen Mitgliedsverbänden gefördert.



Foto: IW
Landessieger beim Schülerfirmen-Wettbewerb JUNIOR: „Europi“ vom Kopernikus-Gymnasium aus Rheine

BERUFSPARCOURS: Sprungbrett in die Ausbildung

Montieren, verdrahten, mauern, Rangiertechniken üben – das waren einige der Arbeitsproben, mit denen sich Ausbildungsbetriebe bei rund 300 Schülerinnen und Schülern beim BERUFSPARCOURS in der Gesamtschule Emschertal in Duisburg vorstellten. unternehmer nrw-Hauptgeschäftsführer Johannes Pöttering verschaffte sich vor Ort einen Eindruck: „Die Unternehmen in NRW engagieren sich sehr für das Thema

Ausbildung, denn die Auszubildenden von heute sind die Fachkräfte von morgen. Der BERUFSPARCOURS bietet gute Möglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, mit Unternehmen in Kontakt zu kommen, und ist ein ideales Sprungbrett in die Ausbildung“, so Pöttering.

Zukunftszentrum KI.NRW: Beratung und Qualifizierung für KMU

Seit Inkrafttreten der EU-KI-Verordnung im August 2024 ist die Nachfrage nach den Leistungen des



Foto: IW
Landes- und Bundessieger beim JUNIOR-Wettbewerb: „blockbaytoys“ vom Gymnasium Bayreuther Straße aus Wuppertal



Foto: lbwnrw
unternehmer nrw-Hauptgeschäftsführer Johannes Pöttering und Heike Hunecke, Leitung Kompetenzfeld SCHULEWIRTSCHAFT, beim Berufsparcours

Zukunftszentrums KI.NRW weiter gestiegen. Mit kostenfreien Angeboten zur KI-Kompetenzvermittlung und Beratungen zur Nutzung und Einführung von künstlicher Intelligenz unterstützt das BWNRW als Teil eines breiten Konsortiums kleine und mittlere Unternehmen aus verschiedensten Branchen in Themen rund um Digitalisierung und künstliche Intelligenz. Ein Beispiel war der Workshop „KI für Apotheken: Ein Einsteigerkurs“, der im November 2024 im Haus unternehmer nrw stattfand.

Lehrgang „Moderne Führung“

Der BWNRW-Lehrgang „Moderne Führung“ bereitet Führungskräfte auf die Herausforderungen einer dynamischen Arbeitswelt vor. Das Besondere an diesem Qualifizierungsangebot ist die Kombination aus Wissensvermittlung und individueller Entwicklung. Die drei Kernbereiche – bedürfnisorientierte Führung, Umgang mit schwierigen Mitarbeitenden und Veränderungsmanagement – decken zentrale Herausforderungen moderner Führung ab. Die integrierte kollegiale Fallberatung fördert nicht nur den Praxistransfer, sondern bietet auch Raum für den Austausch zu individuellen Fragestellungen. Präsenz-Workshops, selbst organisierte Einheiten und optionale Coaching-Angebote schaffen ein maßgeschneidertes Lernerlebnis und ermöglichen den Aufbau eines kollegialen Netzwerks.

„T-TIME“ – Zukunftstalk der Agentur T NRW

Die Agentur T NRW hat 2025 die neue digitale Veranstaltungsreihe „T-TIME“ ins Leben gerufen. Ziel der Veranstaltungen ist es, relevante Zukunftsthemen für Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie vorzustellen und Raum für Austausch und Diskussion zu bieten. Dabei geht es zum Beispiel um den Einsatz von KI in der Produktion oder Ansätze einer Circular Economy. Die Agentur T NRW wurde 2024 als gemeinsame



Online-Angebot Agentur T NRW

Initiative von METALL NRW und IG Metall NRW ins Leben gerufen, um Unternehmen und Beschäftigte der M+E-Industrie bei der Bewältigung der Transformationsherausforderungen zu unterstützen. Sie wird gefördert durch das NRW-Arbeitsministerium.

AlphaGrund endet nach über zehn Jahren

Das vom BMBF geförderte Projekt „AlphaGrund“ unterstützte über mehr als ein Jahrzehnt an- und ungelernte Beschäftigte beim Erwerb grundlegender Kompetenzen. Zu Beginn des Jahres 2025 endete das Projekt, an dem sich bundesweit zuletzt acht Bildungswerke der Wirtschaft und das IW beteiligten. Die AlphaGrund-Schulungen vermittelten „Basic Skills“ wie Lesen, Schreiben, berufliche Kommunikation und PC-Grundlagen unmittelbar am Arbeitsplatz, sodass das Erlernete direkt eingesetzt werden konnten. Die meisten Teilnehmenden berichteten, dass sie anschließend zufriedener mit ihrem Arbeitsplatz waren und ihre Arbeit besser und eigenständiger erledigen konnten.

ZenaB: Zugänge in existenzsichernde, nachhaltige Beschäftigung

Das BWNRW und die Fortbildungsakademie der Wirtschaft gGmbH



Lehrgang „Moderne Führung“



Abschlussveranstaltung AlphaGrund

(FAW) setzen gemeinsam das Projekt „ZenaB“ um, das Unternehmen dabei unterstützt, Beschäftigtenzielgruppen wie Geringqualifizierte und Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu erschließen, die bei der Fachkräftesicherung oft nicht im Fokus stehen. Die Potenziale dieser Zielgruppen werden gewinnbringend für Unternehmen und Mitarbeitende entwickelt. Regelmäßig finden Online-Informationsveranstaltungen für Unternehmen statt, in denen die Projektangebote vorgestellt werden. Gefördert wird ZenaB durch das BMAS.

Arbeitgeberinitiative Teilqualifizierung „Eine TQ besser!“

Im Juni 2024 beteiligte sich das BWNRW an den TQ-Aktionstagen der ARBEITGEBERINITIATIVE TEILQUALIFIZIERUNG. Das Gütesiegel „Eine TQ besser!“ ist ein Qualitätsversprechen der Bildungswerke der Deutschen Wirtschaft. TQ sind ein effizientes Instrument zur Fachkräftegewinnung und -sicherung, über das das BWNRW in regelmäßigen Online-Infoveranstaltungen gemeinsam mit der FAW informiert.

UNTERNEHMER NRW IST VERTRETEN IN DER GERICHTSBARKEIT, IN DER SOZIALEN SELBSTVERWALTUNG UND IM ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDfunk

AOK NordWest

- Verwaltungsrat

AOK Rheinland/Hamburg

- Verwaltungsrat

Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse

- Vertreterversammlung
- Gefahrtarifausschuss
- Präventionsausschuss
- Rentenausschuss
- Widerspruchsausschuss

Berufsgenossenschaft Holz und Metall

- Vertreterversammlung
- Rentenausschuss
- Widerspruchsausschuss

Verwaltungs-Berufs- genossenschaft (VBG)

- Rentenausschuss

Deutsche Renten- versicherung Bund

- Widerspruchsausschuss

Deutsche Renten- versicherung Rheinland

- Vorstand

Deutsche Renten- versicherung Westfalen

- Vertreterversammlung
- Haushaltsausschuss
- Widerspruchsausschuss

Landschaftsverband Rheinland, Inklusionsamt

- Widerspruchsausschuss
- Beratender Ausschuss zur Beschäftigung von behinderten Menschen
- Begleitgremium zur Umsetzung der „Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA)“

Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Inklusions- amt Arbeit

- Begleitgremium zur Umsetzung der „Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA)“

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

- Tätigkeit als ehrenamtliche Richterinnen und Richter
- Ausschuss der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter

Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion NRW

- Arbeitsmarktpolitischer Beirat
- Arbeitsmarktpolitischer Ausschuss
- Widerspruchsausschuss
- Beirat „Integration von geflüchteten Menschen in Arbeit und Ausbildung“

Westdeutscher Rundfunk

- WDR-Rundfunkrat

Landesanstalt für Medien NRW

- Medienkommission

Präsidium

EHRENPRÄSIDENT
Horst-Werner Maier-Hunke

PRÄSIDENT
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Arndt G. Kirchhoff
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der KIRCHHOFF Gruppe

VIZEPRÄSIDENTEN
Dipl.-Ing. Horst Gabriel
Geschäftsf. Gesellschafter
Ernst Ludwig Emde GmbH

Dr. Margarete Haase
Vorsitzende kölnmetall

Dr. Raymund Heiliger
Geschäftsführer
Vygon GmbH & Co. KG

Dipl.-Ök. Michael Kalthoff
Mitglied des Vorstands
RAG Aktiengesellschaft

Dipl.-Ing. Hans Christian Leonhards
Jakob Leonhards Söhne GmbH & Co. KG

Rüdiger Otto
Geschäftsführer
A. Otto & Söhne GmbH & Co. KG

Volker Schlinge
Mitglied der Geschäftsführung
und Arbeitsdirektor
METRO Deutschland GmbH

Dr. Dirk Spenner
Geschäftsf. Gesellschafter
Spenner GmbH & Co. KG

Thomas Wessel
Mitglied des Vorstands
Evonik Industries AG

Weitere Vorstandsmitglieder

Claudia Autenrieb
Dipl.-Ing. ETH Axel E. Barten
Holger Bentler
Dr. Daniel Böllhoff
Dipl.-oec. Hans-Peter Breker
Andrea Bresch
Thomas Buschmann
Friedrich Danne
Arndt Dung
Dr. Patrick Giefers
Dipl.-Kfm. Dag Hagby
Christoph Kappenhagen
Sven Kramer
Martin Kregel
M.Sc. Ralf Kuhnert (Schatzmeister)
Dipl.-Ing. Dipl.-Kfm. Ralf Langerbein
Katharina Van Meenen-Röhrig, MBA
Dr. Hans Moormann
Christian Muckenhaupt
Dr. Paul Pérez-Maletz
Dipl.-Kfm. Otto Plum
Johannes Pöttering
Philipp Schlüter
Oliver Schoeller
Thomas Schulz
Ralf Schwartz
Dr. Heinrich Spies
Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Daniel Strücker
Dipl.-Ing. Reinhard Tweer
Dr. Frank Weigand

Geschäftsstellen

unternehmer nrw
Landesvereinigung der
Unternehmensverbände
Nordrhein-Westfalen e.V.
Uerdinger Str. 58-62
40474 Düsseldorf
Tel.: 0211 4573-0
E-Mail: info@unternehmer.nrw
www.unternehmer.nrw

Büro Brüssel
Rue Marie de Bourgogne 58
B-1000 Brussels
Tel.: +32 2792-1054

REGIONALE VERBINDUNGSSTELLE VON UNTERNEHMER NRW BEI DEN BEZIRKSREGIERUNGEN:

Regionale Verbindungsstelle Arnsberg
Unternehmensverband
Westfalen Mitte e.V.
Arnsberg/Hamm
Goethestraße 28
59755 Arnsberg
Tel.: 02932 9718-0 / Fax: 02932 9718-12
E-Mail: info@uvwm.de
www.uvwm.de

Regionale Verbindungsstelle Detmold
Arbeitgeberverband Lippe e.V.
Ernest-Solvay-Weg 2
32760 Detmold
Tel.: 05231 9385-0 / Fax: 05231 9385-20
E-Mail: info@agv-lippe.de
www.agv-lippe.de

**Regionale Verbindungsstelle
Düsseldorf**
Unternehmerschaft Düsseldorf und
Umgebung e.V.
Achenbachstraße 28
40237 Düsseldorf
Tel.: 0211 66908-0 / Fax: 0211 66908-30
E-Mail: service@unternehmerschaft.de
www.unternehmerschaft.de

Regionale Verbindungsstelle Köln
 kölnmetall
Arbeitgeberverband der
Metall- und Elektroindustrie Köln e.V.
Gereonstraße 43-65
50670 Köln
Tel.: 0221 57904-0 / Fax: 0221 57904-22
E-Mail: verband@koelnmetall.de
www.koelnmetall.de

Regionale Verbindungsstelle Münster
Verband Münsterländischer
Metallindustrieller e.V.
Haus Sentmaring 7
48151 Münster
Tel.: 0251 237788-0 / Fax: 0251 237788-9
E-Mail: vmm@vmm-muenster.de
www.vmm-muenster.de

Impressum

Herausgeber:
unternehmer nrw
Landesvereinigung der Unternehmensverbände
Nordrhein-Westfalen e. V.
© 2025

Redaktion: Tim Abendroth, Christine Ehrig (Projektleitung),
Hubertus Engemann

Redaktionsschluss: 31. März 2025

Gestaltung und Produktion: IW Medien, Köln · Berlin

Druck: Warlich Druck Meckenheim

Titelseite: Rheinpark und Industriegebiet, Duisburg-Hochfeld
Foto: hespasoft – stock.adobe.com

Diese Publikation steht auch auf der Internetseite
www.unternehmer.nrw zum Download bereit.



Hauptgeschäftsführung

Hauptgeschäftsführer
RA Johannes Pöttering
0211 4573-250
poettering@unternehmer.nrw

Sekretariat
Gabriela Brodeßer
0211 4573-289
brodesser@unternehmer.nrw

Sabine Kogst
0211 4573-287
kogst@unternehmer.nrw

Mitglieder der Hauptgeschäftsführung

Dipl.-Pol. Tanja Nackmayr
Stellvertretende
Hauptgeschäftsführerin

RA Dr. Axel Borchard
RA Max Breick
Dipl.-Volksw. Hubertus Engemann

STABSSTELLE VOLKSWIRTSCHAFT / STATISTIK

Dr. Taiki Murai
0211 4573-260
murai@unternehmer.nrw

Sekretariat
Katja Schlak
0211 4573-252
schlak@unternehmer.nrw

Kontakt

unternehmer.nrw

Landesvereinigung der
Unternehmensverbände
Nordrhein-Westfalen e.V.
Uerdinger Straße 58–62
40474 Düsseldorf

0211 4573-0
info@unternehmer.nrw
www.unternehmer.nrw

Politik

GRUNDSATZFRAGEN

**Stellvertretende
Hauptgeschäftsführerin**
Dipl.-Pol. Tanja Nackmayr
0211 4573-259
nackmayr@unternehmer.nrw

Niklas Otto (studienbegleitend)
0211 4573-225
otto@unternehmer.nrw

WIRTSCHAFTS- UND UMWELTPOLITIK, UMWELTRECHT

Geschäftsführer
Dipl.-Ök. Alexander Felsch
0211 4573-241
felsch@unternehmer.nrw

Ass. iur. Alexander Schüller
0211 4573-244
schueller@unternehmer.nrw

INTERNATIONALE SOZIALPOLITIK / EUROPA / LEITUNG BÜRO BRÜSSEL

RAin Isabelle Oster
0211 4573-238
oster@unternehmer.nrw

BILDUNGS- UND ARBEITSMARKTPOLITIK

Dipl.-Päd. Timm Helten-Hildwein
0211 4573-251
helten-hildwein@unternehmer.nrw

Dipl.-Kffr. Claudia Dunschen
0211 4573-220
dunschen@unternehmer.nrw

Sekretariat
Gabriela Brodeßer
0211 4573-289
brodesser@unternehmer.nrw

Birgit Heidrich
0211 4573-234
heidrich@unternehmer.nrw

Sabine Kogst
0211 4573-287
kogst@unternehmer.nrw

Tarif

Geschäftsführer
RA Max Breick
Mitglied der Hauptgeschäftsführung
0211 4573-253
breick@unternehmer.nrw

Geschäftsführerin
Ass. iur. Anne Wiersberg
0211 4573-208
wiersberg@unternehmer.nrw

RAin Nicola Busch
0211 4573-207
busch@unternehmer.nrw

RAin Maja Lau
0211 4573-205
lau@unternehmer.nrw

Sekretariat
Sylke Kristen
0211 4573-254
kristen@unternehmer.nrw

Britta Schuh
0211 4573-257
schuh@unternehmer.nrw

ARBEITSWIRTSCHAFT / ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ

Eva Geis
0211 4573-296
geis@unternehmer.nrw

Dipl.-Psych. Axel Hofmann
0211 4573-228
hofmann@unternehmer.nrw

Recht

Geschäftsführer

RA Dr. Axel Borchard
Mitglied der Hauptgeschäftsführung
0211 4573-249
borchard@unternehmer.nrw

Geschäftsführer

RA Walter Korte
0211 4573-271
korte@unternehmer.nrw

RAin Dr. Iris Arnold

0211 4573-267
arnold@unternehmer.nrw

RAin Mara Meyer

0211 4573-235
meyer@unternehmer.nrw

Sekretariat

Susanne Dürhager
0211 4573-204
duerhager@unternehmer.nrw

Sonja Niekämper

0211 4573-270
niekaemper@unternehmer.nrw

Jennifer Schlüpner

0211 4573-261
schluepner@unternehmer.nrw

Kommunikation

Geschäftsführer

Dipl.-Volksw. Hubertus Engemann
Mitglied der Hauptgeschäftsführung
0211 4573-233
engemann@unternehmer.nrw

Tim Abendroth M.A.

0211 4573-237
abendroth@unternehmer.nrw

Christine Ehrig M.A.

0211 4573-278
ehrig@unternehmer.nrw

Sekretariat

Elisabeth Hück
0211 4573-232
hueck@unternehmer.nrw

Antje Kiwitz

0211 4573-230
kiwitz@unternehmer.nrw

Finanzen / Verwaltung / Personal

Geschäftsführer

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Ankel
0211 4573-288
ankel@unternehmer.nrw

Sandra Dahlmann

0211 4573-273
dahlmann@unternehmer.nrw

Dorothee Seising-Brackmann

0211 4573-272
seising-brackmann@unternehmer.nrw

IT-ORGANISATION

Viktor Junemann

0211 4573-282
junemann@unternehmer.nrw

Peter Schulte-Zurhausen

0211 4573-283
schulte-zurhausen@unternehmer.nrw

Kevin Wohlgemuth

0211 4573-281
wohlgemuth@unternehmer.nrw

EMPFANG

Sandra Plennies

0211 4573-215
empfang@unternehmer.nrw

BILDUNGSWERK NRW

Dr. rer. oec. Peter Janßen

Geschäftsführer Bildungswerk der
Nordrhein-Westfälischen Wirtschaft
0211 4573-245
janssen@unternehmer.nrw

Dr. Heike Hunecke

Stellvertretende Geschäftsführerin /
Leitung Kompetenzfeld „SCHULE-
WIRTSCHAFT / Netzwerkaktivitäten“
0211 4573-239
hunecke@unternehmer.nrw

Lisa Vogelbruch M.Sc.

Mitglied der Geschäftsführung /
Leitung Kompetenzfeld „Berufliche
und Betriebliche Bildung /
Bildungsangebote“
0211 4573-242
vogelbruch@unternehmer.nrw

Dipl.-Kauffr. Suzana Rieke

Leitung Kompetenzfeld „Drittmittel-
finanzierte Modellprojekte“
0211 4573-224
rieke@unternehmer.nrw

Miriam Becker M.A.

0211 4573-229
becker@unternehmer.nrw

Adam Golik M.A.

0211 4573-269
golik@unternehmer.nrw

Roman Kehr

02371 8291-958
kehr@unternehmer.nrw

Elena Keuchel M.Sc.

0211 4573-217
keuchel@unternehmer.nrw

Uta Kressin

02371 8291-957
kressin@unternehmer.nrw

Silvia Maier B.A.

0211 4573-262
maier@unternehmer.nrw

Anne von Moers M.A.

0211 4573-277
vonmoers@unternehmer.nrw

Dr. Wasilios Rodoniklis

0211 4573-264
rodoniklis@unternehmer.nrw

Anna-Lena Wachholz M.A.

0211 4573-265
wachholz@unternehmer.nrw

Isabelle Wanders M.A.

0211 4573-263
wanders@unternehmer.nrw

Christin Zimmermann

0211 4573-243
zimmermann@unternehmer.nrw

Sekretariat

Gabriele Pongratz

0211 4573-248
pongratz@unternehmer.nrw

Angela Schmidt

0211 4573-246
schmidt@unternehmer.nrw

Daniela Triestram

0211 4573-285
triestram@unternehmer.nrw

Christine Westerhuis

0211 4573-255
christine.westerhuis@unternehmer.nrw



Diskussionsveranstaltung zur „Zeitenwende Sicherheitspolitik“ der IHK Südwestfalen



Gesprächskreis Arbeitsrecht mit Christoph Ulrich, Vizepräsident am Landesarbeitsgericht Düsseldorf



Geschäftsführerkonferenz mit Christoph Vauth (AOK NordWest)



Summit Kompetenznetzwerk Umwelt.NRW



Fachkräftekongress Vielfalt am Arbeitsmarkt



Kongress zur Lohngerechtigkeit



Industriegipfel in der Staatskanzlei



Geschäftsführerkonferenz mit Ingo Kalischek, Neue Westfälische



Veranstaltung zum Welttag für menschenwürdige Arbeit



Austausch mit NRW-Finanzminister Marcus Optendrenk

Fotos: unternehmer nrw, SIHK, Umwelt.nrw, eventfotografin, MAGS NRW, GIB-J. Kramer, R. Ober, Ministerium der Finanzen

„Erwarte von einer neuen Regierung, dass sie die Zeichen der Zeit erkennt.“

Christopher Menekes
MENNEKES Elektrotechnik
GmbH & Co. KG

„Die Lage ist ernst. Die Wirtschaft steht massiv unter Druck. Das Land befindet sich nicht in einer zeitlich begrenzten konjunkturellen Delle, sondern mitten in einer strukturellen Krise.“

Melanie Cramer
Geschäftsführerin
Arbeitsgeberverband Paderborn/ Mäxter



„Die neue Regierung muss unsere Interessen in Europa vertreten.“

Arndt G. Kirchoff
Kirchoff Automotive
Deutschland GmbH

#WirtschaftStärken

#BTW25

„Demokratie hängt auch an einer klugen Wirtschaftspolitik.“

Patrick Kleine-Cosack
Cosack GmbH & Co. KG
Druck + Verpackung

#WirtschaftStärken

In Videos und Posts in den sozialen Medien betonten unternehmer nrw, die Mitgliedsverbände sowie Unternehmerinnen und Unternehmer die Bedeutung der Wirtschaft für Wohlstand und Arbeit in unserem Land. So positionierten sie sich deutlich in der Debatte rund um die Bundestagswahl 2025.

Es braucht eine umfassende Fachkräftestrategie, die alle Potenziale – inländische wie ausländische – erschließt.

Horst-Werner Maier-Hunke,
Vorsitzender



#WirtschaftStärken

#BTW25

Es braucht eine echte Kraftanstrengung für unsere Infrastruktur.

Johannes Pöttering
Hauptgeschäftsführer

#WirtschaftStärken

#BTW25

„Starker Mittelstand in Familienhand geht nur mit kluger Wirtschaftspolitik.“

Alexander Peters
NEUMAN & ESSER

#WirtschaftStärken

#BTW25

„Der bürokratische Apparat muss abspecken.“

Lara Kufferath
GKD – Gebr. Kufferath AG

#WirtschaftStärken

#BTW25

„Die neue Regierung muss an die Regulierung der Arbeitszeiten ran.“

Ruth Winterwerp-van den Elzen
Hotel Collegium Leoninum

Wir brauchen massive Strukturreformen, die Abgaben dauerhaft unter der 40%-Marke halten.

Christian Lepping
Geschäftsführer



#WirtschaftStärken

#BTW25

Wir brauchen eine sichere und international wettbewerbsfähige Energieversorgung. Deutliche Entlastungen bei den Strompreisen sind für den energieintensiven industriellen Mittelstand essentiell.

Christian Klouder
AGV Rensselaer und
Bergisches Land



▶ Youtube